

Prof. Dr. J. Jastrow in Berlin

**Deutschlands
Vollvermögen im Kriege**

**Ein Beitrag zur Frage:
Vermögensopfer und Kriegsschädigung**

Zweite, vermehrte Auflage

Berlin * Verlag von Julius Springer * 1919

Deutschlands Volkvermögen im Kriege.

Ein Beitrag zur Frage:
Vermögensopfer und Kriegsschädigung

Von

Dr. J. Jastrow

a. o. Professor an der Universität Berlin

Zweite, vermehrte Auflage



Berlin

Verlag von Julius Springer

1919

ISBN-13: 978-3-642-94004-0
DOI: 10.1007/978-3-642-94404-8

e-ISBN-13: 978-3-642-94404-8

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage dieses Büchleins trug den Titel „Vermögensopfer und Volksvermögen“ und behandelte lediglich diese beiden Gegenstände. Erst nach ihrem Erscheinen trat die Frage der Kriegsentuschädigung in den Zusammenhang der Erörterungen. Dies veranlaßte die Hinzufügung eines umfangreichen „Anhangs“ und dementsprechend die Änderung des Titels.

Charlottenburg-Berlin, im Februar 1919.

Lußbaum-Blatt 24.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
Einleitung: Einwände gegen das Vermögensopfer, insbesondere wegen der Ertragsberechnung	3
1. Schätzungen des deutschen Volksvermögens vor dem Kriege. Aufbrauchungen und Abnutzungen. Der landwirtschaftliche Boden	5
2. „Umstellungen“ aus Anlaß des Krieges. Stilllegungen. Neue Umstellungen nach dem Kriege. Räumliche Verschiebungen . .	12
3. Verluste der deutschen Volkswirtschaft an Menschen. Rückwirkung auf den Wert der Anlagen. Die Hunger-Blockade und ihre körperlichen Wirkungen. Diskreditierung des deutschen Namens. Moralischer Zustand	14
4. Begriff des „Volksvermögens“. Schwierigkeiten der Abgrenzung und Bewertung. Wahrer Sinn der zahlenmäßigen Schätzungen	19
5. Dem Plan des Vermögensopfers ist die Grundlage der Ertragsberechnung entzogen; der Plan selbst jedoch unverändert aufrecht zu halten. Der Finanzentwurf für die Nationalversammlung	29
Anhang: Volksvermögen und Kriegsentuschädigung	33

In den finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands hat der Plan einer Allgemeinen Abgabe vom Vermögen eine steigende Bedeutung gewonnen. Seine Gegner haben sich im Laufe der Debatte wechselseitig gegengründe bedient. Zunächst wurde einer solchen Belastung der Name einer Steuer grundsätzlich bestritten. Wenn man von den vorhandenen Vermögen durchschnittlich ein Viertel (oder mehr) wegnehmen wolle, so sei das keine Steuer mehr, sondern eine Konfiskation. Ich habe die Berechtigung dieses Gedankenganges stets anerkannt und aus den gleichen Erwägungen heraus für die geplante Abgabe den Namen Vermögensopfer einzuführen gesucht¹⁾. So weit ersichtlich, ist diese Bezeichnung im Begriff sich einzubürgern. Auch ist diese veränderte Benennung nicht bloß als etwas Außerliches anzusehen. Sie bringt vielmehr zum Ausdruck, daß es sich hier nicht darum handelt, der Steuerverfassung ein neues Glied anzufügen, sondern darum, die zukünftige Steuerverfassung zu entlasten²⁾. Nachdem das Vermögensopfer als Gedanke sich durchgesetzt hatte, wurde seine technische Durchführbarkeit bestritten. Aber die Verteidiger des Vermögensopfers³⁾

¹⁾ Jastrow, Gut und Blut fürs Vaterland (Vermögensopfer, Steuerfragen, Erhöhung der Volkswirtschaft); Berlin, G. Reimer 1917 (im folgenden abgekürzt: G^uB.), S. 6: „Für eine neue Sache ziemt sich ein neuer Name. Eine Veränderung in der Verteilung des Vermögens, wobei jeder nur drei Viertel von dem behält, was er bisher besessen hat, ein Viertel aber gemeinsames Eigentum des Vaterlandes wird, eine solche Neuverteilung mit dem Namen einer Steuer zu belegen, wäre irreführend. Sie ist eine Maßregel anderer Art, will anders beurteilt sein und soll daher auch einen anderen Namen tragen.“ — Dazu ferner den Aufsatz des Verf. „Nationalversammlung und Finanzprobleme“ in Brauns Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, Bd. 7 (1919). Weitere Literaturangaben im Anhang zu G^uB. (hauptsf. S. 271/72), fortgeführt in dem genannten Aufsatz.

²⁾ G^uB., Vorrede S. VI.

³⁾ Somary hat sogar seinen ganzen Beitrag zu dem Gutachten-Bande des Vereins für Sozialpolitik (Bd. 155 I, Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft, hrsg. von Herkner — im folgenden abgekürzt: Neuordn. —, S. 85—104) der „finanziellen Durchführung“ gewidmet. Aber auch Diehl (eb. S. 29—41) hat der praktischen Durchführbarkeit einen eigenen Abschnitt eingeräumt. Dazu die umfangreichen Ausfüh-

haben gerade der technischen Ausführung besondere Sorgfalt zugewendet, so daß gegenwärtig die Erörterungen über das Wie sich kaum noch in anderen Bahnen bewegen, als gegenüber neuartigen Finanzmaßregeln überhaupt. Nun aber macht sich ein dritter Einwand geltend; es werden die Berechnungen über den mutmaßlichen Ertrag der Steuer bestritten. Alle Schätzungen des deutschen Volksvermögens, die jemals veranstaltet worden sind, werden neuerdings als Grundlage für Vorausberechnungen des Steuerertrages in Frage gestellt. Diesem dritten Einwande sind die folgenden Ausführungen gewidmet. Es soll versucht werden, die Fragen, inwieweit die bisherigen Schätzungen des Volksvermögens als Grundlage für Berechnungen einen Anhalt gewähren können, tunlichst objektiv zu prüfen. Indem wir in der Prüfung dieser Frage uns nicht durch das einseitige Bedürfnis bestimmen lassen wollen, eine Stütze der eigenen Meinung aufrecht zu erhalten, werden wir in dem literarischen Streit um das Vermögensopfer durch das Vorbild der Objektivität unterstützt, das unsere literarischen Gegner uns in erfreulich weitem Umfange gegeben haben. Denn wir, die Anhänger, müssen anerkennen, daß z. B. Diezel, der am frühesten und umfassendsten gegen das Vermögensopfer aufgetreten ist¹⁾, viel dazu beigetragen hat, oberflächliche und bloß schlagwortmäßige Kriticismen unseres Vorjchlages zu entkräften; und G. Bernhard²⁾ hat seine Fähigkeit, schwierige Fragen einem weiten Leserkreise klar zu machen, geradezu in den Dienst sachgemäßer Aufklärung über das von ihm bekämpfte Ziel gestellt. So werden auch wir die Kritik der Schätzungen des deutschen Volksvermögens und ihrer Anwendbarkeit als selbständigen wissenschaftlichen Gegenstand behandeln müssen, an dessen Erörterung wir uns nicht mit polemischen Nebenwünschen, sondern mit dem alleinigen Ziel tunlichst korrekter Feststellung zu beteiligen haben. Führt uns dies aber zu dem Ergebnis, daß wir die Schätzungs-Grundlage fallen lassen müssen (und im Interesse der Klarheit sei vorangeschickt, daß dies das Ergebnis ist), dann werden wir uns zum Schluß über die Frage, wie wir uns nunmehr zum Vermögensopfer stellen, freie sachgemäße Entscheidung vorbehalten.

rungen über die Anwendung auf die einzelnen Vermögensarten (Mobilienbesitz, Vereine, Stiftungen, Versicherungen usw.): G. u. V. S. 13 bis 82, 272—285.

¹⁾ Neuordn. I, S. 105—150.

²⁾ In seiner Aufsatzreihe „Deutsche Finanzreform“ (Matus vom 13. März 1918 bis in den Jg. 1919), wo Art. XI—XVI fast ganz dem Vermögensopfer gewidmet sind, und zwar XIII—XV (25. Sept., 9. und 23. Okt.) einer Widerlegung der angeblichen technischen Undurchführbarkeit.

1.

Alle Schätzungen des deutschen Volksvermögens stammen aus der Zeit vor dem Kriege. Ihre Hauptergebnisse sind von mir¹⁾ — unter Außerachtlassung einiger nebensächlicher Verschiedenheiten — in die Form der folgenden vergleichenden Tabelle gebracht:

Schätzungen des deutschen Volksvermögens 1909—1914.

Nr.		Steinmann-Bucher für 1909	Helfferich für 1911	Ballod für 1911	Steinmann-Bucher für 1914
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Wegen Feuer versicherte Mobilien u. Immobilien	162—180	200	200	200—220
2.	Städtischer Grundbesitz . .	40—50	30	25	50
3.	Ländlicher Grundbesitz . . .	50	40	30	50
4.	Bergwerksbesitz	5*)	5—6	6	5—6*)
5.	Kapitalanlagen im Ausland und fremde Wertpapiere	30	20	25	25
6.	Staatsseisenbahnen	19	20—25	25	25
7.	Sonstiger Staatsbesitz . . .	15	10	15	15
8.	Metallgeld, Güter in Bewegung, Schiffe usw. . .	9	6	5	6
Summe		330—360	331—337	331	376—397

*) Ohne den staatlichen (Nr. 7).

¹⁾ G^uB. S. 270. Die Titel der Schriften, denen die Zahlenangaben der Tabelle entnommen wurden, sind: Steinmann-Bucher, 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Das Volksvermögen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika. Neue Maßstäbe und Wege für deutsche Politik und Finanzwirtschaft. Berlin, Elzner 1909. — Helfferich (Direktor der Deutschen Bank), Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913. Berlin, Stille 1913 (4. Aufl. Juni 1914). — Ballod, Wie groß ist das deutsche Volks-

Während des Krieges hat bei uns das Schlagwort „Das Geld bleibt im Lande“ eine solche Rolle gespielt, daß viele wirklich angenommen haben, ein jahrelanger Krieg koste einem Volke nichts, solange es die Zahlungen in sich erledige. Es gereicht der deutschen Wissenschaft nicht zur Ehre, daß auch in ihre Kreise eine so kindliche Anschauung eindringen konnte, und die Vorhaltungen, die uns darüber von ausländischen Fachgenossen¹⁾ gemacht wurden, waren wohlverdient. Soweit der Kriegsaufwand sich auf Stoffe bezieht, muß ohne weiteres einleuchten, daß ein Volk sicherer verarmt, wenn es seine eigenen Stoffe in die Luft verpulvert, als wenn ihm die Stoffe anderer Völker dazu herhalten. Aber selbst soweit der Aufwand in Arbeit besteht, ist die Arbeit, die auf den Krieg verwendet wird, anderen Zwecken entzogen, und dies muß in der Volkswirtschaft Lücken hervorbringen. Jeder theoretisch geschulte Nationalökonom hätte das wissen müssen, gleichgültig, ob die Lücken bereits sichtbar waren, oder nicht. Kein Wunder, daß in Versammlungsreden der Ton noch höher gegangen ist, und daß man dem deutschen Volke gelegentlich vorzureden gesucht hat, es sei ganz gut möglich, daß es im Kriege sogar reicher geworden sei, da alle Besitztümer jetzt einen höheren Wert hätten. Geldentwertung als Reichtumsquelle!

Eine ernste Bedeutung haben nur die Einwände gegen die Benutzung der obigen Ziffern, die darauf hinweisen, daß das Volksvermögen nach dem Kriege geringer sein werde, als vorher. Es sei

vermögen? In: *Verwaltung und Statistik*, April 1914. — Steinmann-Bucher, *Das reiche Deutschland*. Ein Wehrbeitrag. Berlin, Sion 1914. — Dazu neuerdings von dem Letztgenannten eine dritte Schrift: *Deutschlands Volksvermögen im Krieg* (Finanzwirtsch. Zeitfragen 24). Stuttgart, Enke 1916.

¹⁾ E. F. Hedfcher, *Världskrigets Ekonomi*. En studie af nutidens näringslif under krigets inverkan (Skrifter utgifna af Handelshögskolan 1). Stockholm, Norstedt [1915], S. 154 (gegen Schumacher). Deutsche Übersetzung der Stelle: *G^WBl.* S. 299—300. Auch ein Mann wie Feilner, der es selbstverständlich als „Torheit“ bezeichnet, daß das Kapital „im Lande bleibt“ (*Frankf. Zg.*, 14. Juli 1918, I. Morgenbl., f. u. S. 12¹⁾), macht unwillkürlich dieser Torheit auch noch mehr Zugeständnisse, als er will. Er betont, daß nicht die volle Höhe der Kriegskosten Kapitalverlust sind; „ein Teil davon ist durch die laufende Arbeit dieser vier Kriegsjahre aufgebracht worden.“ Diese Sätze sind zwar in dem Zusammenhang, in dem sie stehen, unanfechtbar. Aber die Einschränkung der Rüge ist geeignet, den Irrtum hervorzurufen, daß der Arbeitsaufwand volkswirtschaftlich unerheblich sei.

mit dem ehemals geschätzten so wenig identisch, daß man sich, auch nur anhaltsweise, nicht mehr darauf berufen könne. Diesem Einwand ist in weitem Umfange zuzustimmen.

Daß es Deutschland möglich war, bei der Absperrung, wie sie noch niemals ein Volk erlebt hatte, vier bis fünf Jahre durchzuhalten, geht zu einem nicht unerheblichen Teil darauf zurück, daß Vorräte aufgebraucht wurden, nicht nur an Nahrungsmitteln und genußfertigen Gütern aller Art, sondern in viel weiterem Umfange namentlich auch Vorräte an Produktionsmitteln. Jedes industrielle Unternehmen ging mit Vorräten an Kohle in den Krieg hinein. Wenn diese auch im Einzelfalle nicht sichtbar waren, weil Kohle zu große Lagerräume erfordert, als daß ein Fabriketablisement sich damit belasten könnte, so waren sie doch volkswirtschaftlich vorhanden, da sie abgebaut in und vor den Bergwerken lagerten. Einzeln sichtbar war in jedem Unternehmen sein Vorrat an Erzen, die Deutschland zum größten Teil aus dem Auslande beziehen muß. Jedes Hüttenwerk war darauf eingerichtet, nicht durch einen plötzlich eintretenden lebhafteren Geschäftsgang in Verlegenheit zu geraten. Rohstoffe und Halbzeug jeder Art wurden überall reichlich in Vorrat gehalten. Ebenso lagerten in jeder Fabrik Fertigwaren über den Augenblick hinaus; schon um gegenüber der Konkurrenz jederzeit auf sofortige Lieferung gerüstet zu sein. Ein gänzlich anderes Bild bietet die Gegenwart. Überall hat der Rohstoff-Mangel die Vorräte auf das knappste zugemessen; teilweise sind sie durch gesetzliche Rationierung unmöglich gemacht. In den verschiedensten Fabrikationszweigen ist man froh, wenn soviel geliefert werden kann, wie es der dringendste Bedarf des Augenblicks erfordert. Diese Aufsaugung der Vorräte ist in ihrer vollen wirtschaftlichen Bedeutung immer noch nicht erfaßt. Die Handels-Berichterstattung unserer Tageszeitungen ging in der Würdigung der Aktiengesellschaften in Friedenszeiten meist über diesen Punkt in der stillschweigenden Annahme hinweg, daß im großen und ganzen die Vorräte an den Stichtagen der einzelnen Geschäftsjahre sich gleich bleiben werden. In einem (auch sonst über das übliche Schema sich erhebenden) Überblick über „Die Industrie im Kriege“¹⁾ hat die Frankfurter Zeitung diesem Punkte besondere Aufmerksamkeit zugewendet, und schon für die Jahre 1913/14 bis

¹⁾ „Die Industrie im Krieg“ (Chemie, Stahlwerke, Zement usw.). Frankfurter Zeitung, Handelsblatt, 18 Artikel: 12. Okt. — 3. Febr. 1916/7. In dem letzten Artikel Zusammenfassung.

1915/16 in einer Reihe von Industrien einen auffallend hohen Rückgang der Vorräte festgestellt. So haben Stichproben in 46 Gesellschaften der Textilindustrie in den zwei Jahren einen Rückgang der Vorräte in Mill. M.¹⁾ von 135,4 auf 92,6 erwiesen, in 18 Gummigesellschaften von 28,7 auf 18,2, in 20 Ledergesellschaften von 52,6 auf 32,4, in 30 Brauereien von 21,1 auf 12,1, ja in 17 Mühlen einen fast vollständigen Zusammenschwund der Vorräte von 34,9 auf 5,2. Diese Rückgänge sind entscheidend. Denn ihnen gegenüber kommen die Industrien mit größeren Vorräten kaum in Betracht, da die Erhöhung, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, nicht etwa auf einen größeren Vorrat, sondern nur auf eine höhere Geldbewertung zurückgeht. Ein sehr bezeichnendes Beispiel hierfür bietet die Hotelindustrie. In den Stichproben nach 15 Hotelgesellschaften standen in den drei Jahren die Vorräte zu Buch mit 2,8, 3,1, 3,7 Mill. M. Dies in einer Zeit, wo allgemein bekannt war, daß alle Gasthäuser mit Knappheit der Vorräte zu kämpfen hatten. In der Schweiz, dem einzigen Lande, in dem die wirtschaftliche Lage des Hotelgewerbes einer gründlichen Untersuchung unterzogen worden ist, hat sich ihrem Urheber²⁾ die Überzeugung aufgedrängt, daß der Zusammenschwund der Vorräte durch den Krieg den Verlust des gesamten Betriebskapitals bedeute. Denn in der Jahreszeit, in der der Krieg ausbrach, sei das Betriebskapital im großen und ganzen in Gestalt von Vorräten angelegt, die bei Schluß des Krieges nicht vorhanden seien. Wenngleich dies nur cum grano salis verstanden werden soll, auch das deutsche Hotelgewerbe in diesem Punkte dem schweizerischen Saisonbetrieb nicht gleichzustellen ist, so ist es doch ausgeschlossen, daß wir statt des Aufbrauchs in der Schweiz in Deutschland sogar noch eine Vermehrung der Vorräte annehmen sollten. Es liegt hier vielmehr ein besonders deutliches Beispiel dafür vor, daß die höhere Ziffer nur durch Höherbewertung entsteht; selbst ein Hotel, das alle seine Vorräte aufgebraucht hat, würde dies durch Höherbewertung der Reste des Weinkellers allein überkompensieren können. — Im größten Maßstabe zeigt sich der Unter-

¹⁾ In der zusammenfassenden Tabelle irrtümlich: „in 1000 M.“

²⁾ Die Berner Dissertation von A. Gurtner, „Zur Verschuldung des schweizerischen Hotelgewerbes. Eine Untersuchung der Verhältnisse in Interlaken“ (Bern, Stämpfli 1918) hat den historischen Untergrund geliefert, auf dem vier Aufsätze über „Das Hotelgewerbe im Berner Oberland. Von G.“ (Bund 1. 4. 15. 16. Aug. 1918. Morgenbl.) eine Darstellung der Kriegszeit aufbauen.

schied zwischen einst und jetzt im Handel. Ein Blick in die Schaufenster läßt schon den Straßenwanderer die Verödung erkennen. Tritt er in den Laden ein, so gähnen ihm leere Regale entgegen, wo früher die Fächer die Fülle des Stoffes kaum fassen konnten. In Kellern, Böden und Remisen vollends, in die das Publikum nicht gelangt, ist Vorratsraum wohlfeil geworden. Oft hat man es als eine volkswirtschaftliche Verschwendung bezeichnen hören, daß im Handel viele tausende kleiner Existenzen, jede für sich zu besorgen suchen, was sparsamer von einer Zentralstelle aus besorgt werden könnte. Wenn infolgedessen die deutsche Volkswirtschaft mit mehr Handelsvorräten in den Krieg hineinging, als für das normale Bedürfnis der Gesamtheit erforderlich war, so bedeutete dies gerade unter den Verhältnissen des Krieges und der beginnenden Absperrung eine Stärkung. Wo die Lagerung unter Kontrolle stand, wie z. B. wegen der Feuergefährlichkeit bei Petroleum-Lagern, konnte auch in Einzelfällen festgestellt werden, in wie weitem Umfange die Händler sich Vorräte gesichert hatten, die dann in den ersten Kriegsjahren aufgebraucht werden konnten. — Es gibt einen Gewerbs- und Handelszweig, in dem die Erschöpfung der Vorräte mit fast unbedingter Sicherheit zu konstatieren ist: den Buchhandel. Goethe und Schiller waren „ausverkauft“; man wählte zu Weihnachten, was gerade noch übrig war.

Wenn also die deutsche Volkswirtschaft heute fast um den ganzen Betrag der Vorräte ärmer ist, die sie im August 1914 besaß, so ist damit die Bedeutung dieses Momentes noch nicht erschöpft. Das Aufbrauchen zeigt sich nicht gerade in täglich sichtbarer Form, sondern auch in Gestalt der allmählichen „Abnutzung“. Wirtschaftlich ist zwischen dem einmaligen Aufbrauchen des verbrauchten und der allmählichen Abnutzung des gebrauchten Gegenstandes kein grundsätzlicher Unterschied. Jedermann kann im eigenen Hause sehen, was die Abnutzung von 4—5 Kriegsjahren ohne entsprechende Wieder-Erneuerung bedeutet. Es gibt heute in Deutschland wohlhabende Haushalte, in denen seit 5 Jahren kein neuer Anzug, kein Paar Stiefel, kein neuer Hut angeschafft worden sind. Und groß ist die Zahl der Haushalte, in denen diese Erneuerungen nicht die Hälfte und nicht ein Viertel früherer Zeiten betragen. Die Wäscheausstattung, die bei uns nach alter Sitte der jungen Hausfrau von ihrer Mutter so reichlich und so gut wie möglich in den neuen Haushalt mitgegeben wird, ist außerdem durch die neu aufkommenen ätzenden Waschmittel angegriffen und vielfach dem Nullpunkt nahe-

gebracht. Und doch ist alles, was man im Haushalte von Abnutzung beobachten kann, verschwindend gering gegenüber dem Ausmaß der Abnutzung im Gewerbe. Kleinere Gewerbetreibende rechneten sich während des ersten Kriegsjahres hohe Gewinne heraus, weil sie infolge der Knappheit an Handwerkern nur wenig Reparaturkosten hatten. Die großen Werke merkten schon 1914/15, daß diese vermeintliche Ersparnis das Gegenteil bedeutete; denn Gegenstände, die nicht fortlaufend in Stand gehalten werden, verlieren an Güte und damit an Brauchbarkeit in erhöhtem Maße; die „Abnutzungsquote“ steigt. Heute sehen wir schon jedem Tramwagen auf der Straße an seinen unleserlichen und wackligen Schildern an, wie wenig für ihn gesorgt worden ist. Steigen wir ein, so finden wir verschliffene Polster (falls solche überhaupt noch vorhanden sind). Die Fenster können nicht mehr geöffnet und geschlossen werden, weil die Riemen längst den Weg allen Leders gegangen sind. Ein prickelnder Geruch kommt aus den Akkumulatoren-Kästen. Das heftige Stuckern an Linien-Biegungen, das die Fahrgäste durcheinander wirft, erinnert daran, daß Wagen und Schienen ihre alte gute Verfassung eingebüßt haben. Die häufigen Betriebsstörungen tun es in noch höherem Maße dar. Streckenweis kann der Verkehr nicht mehr bewältigt werden, weil den unbrauchbar gewordenen Wagen die Erneuerungen nicht mehr gegenüberstehen (von den Straßenbahnen aufwärts bis zu den großen Vollbahnen). Das ist ein Beispiel, das sich in voller Öffentlichkeit vollzieht. Hinter jedem Fabriktor geht dasselbe vor sich. Wenn man schätzt, daß der Gesamtvorrat Deutschlands an Maschinen und sonstigem Betriebsmaterial heute nicht halbsoviel wert ist wie 1914, so ist man wohl noch vorsichtig gewesen.

Einer besonderen Besprechung bedarf der heutige Wert des „ausgemergelten“ Bodens der Landwirtschaft, weil dieser Punkt vielfach in verwirrender Weise besprochen wird. Die Bezugnahme auf das sogenannte Gesetz vom sinkenden Bodenertrag macht sich einen irreführenden Namen zunutze. Nach jenem Gesetz sollen erhöhte Aufwendungen von Kapital und Arbeit zwar den Bodenertrag noch steigern können, aber nur in einem Maße, das sich beständig verlangsamt. Wenn man deswegen der Erholung des deutschen Bodens von der Erschöpfung der Kriegsjahre eine ungünstige Prognose stellen wollte, so wäre man im Irrtum. Denn jenes Gesetz ist lediglich wirtschaftlich, nicht technisch gemeint, d. h. es soll nur gelten unter der Voraussetzung, daß die Technik sich nicht ändert.

Wer aber der Hoffnung lebt, daß die landwirtschaftliche Technik der Schwierigkeiten Herr werden wird, der hat keinen Anlaß, auf Grund jenes Gesetzes seine Hoffnung herabzumindern. Nur soviel ist hier zuzugeben, daß die neue Technik erst einsetzen muß, bevor wir auf ihre Wirkungen rechnen können. In vollem Umfange jedoch trifft auf die gegenwärtige Lage Deutschlands ein anderes streng technisch geltendes Gesetz zu: das „Minimum-Gesetz“ der Liebigschen Agrikulturchemie. Wenn für den Aufbau einer Pflanze gewisse Düngemittel in einem bestimmten Mengenverhältnis erforderlich sind, so richtet sich die Wirkung lediglich nach dem Mittel, das am geringsten vertreten ist. Die überschüssigen Teile der andern Mittel können zur erhöhten Fruchtbarkeit nichts beitragen. Die wichtigsten künstlichen Düngungsmittel sind Kali, Stickstoff und Phosphate. Obwohl Deutschland in Kali ein Weltmonopol besaß, und wie auch immer der Friede ausfallen möge, in diesem Stoff das bestversorgte Land der Welt bleiben wird; obwohl die Stickstoff-Frage durch die Leistungen der deutschen Chemie während des Krieges endgültig gelöst ist, so können doch nach dem Liebigschen Minimum-Gesetz diese beiden Punkte für sich uns nichts nützen, solange wir in bezug auf Phosphate vom Auslande abhängig bleiben. Wenn diese in zu geringem Maße zur Verfügung stehen, so richtet sich die Fruchtbarkeit des Bodens lediglich nach diesem Mangel, und nicht nach dem Überfluß in jenen beiden andern Mitteln. Dies wird bedeutend verschärft durch Verringerung der Stallmist-Düngung, hervorgerufen durch die notgedrungene Reduktion des Viehstapels, die bei dem herrschenden Futtermangel nur langsam zu beheben sein wird. Wie auch in Zukunft diese Fragen gelöst werden mögen, in dem gegenwärtigen Augenblick können wir sicher den landwirtschaftlichen Boden Deutschlands nicht ebenso hoch bewerten, wie er vor dem Kriege zu bewerten war, und wir vermögen auch für die Differenz keinen zahlenmäßigen Anhalt beizubringen. ¹⁾

¹⁾ Die löbliche Energie, mit der die verschiedensten Kreise der deutschen Landwirtschaft die Verbesserungsarbeiten nach dem Kriege vorbereiten (so die einschlägigen Arbeiten von Lemmermann, N. Caro, Allmann u. a. bei v. Braun und Dade, Arbeitsziele d. Landw. nach dem Kriege. Berlin, Parey 1918), ferner die Vortragsreihe von Aereboe (in dems. Verlag) eröffnen uns günstige Möglichkeiten für die Zukunft, dürfen aber auf die Gegentwärts-Bewertung keinen Einfluß üben.

2.

Zahlreiche Entwertungen sind im deutschen Wirtschaftsleben durch die viel besprochenen und viel gerühmten „Umstellungen“ eingetreten. Wenn eine Nähmaschinen-Fabrik anfing, sich auf das Granatendrehen zu legen, wenn ein Fabrikant feiner Seidenstoffe seine Weberei ausräumte und eiserne Bettstellen für Lazarette herstellte, wenn eine Mörtel- und eine Steinfabrik dazu übergangen, Kunsthonig oder neue Gespinnstfasern herzustellen, ja eine Anstalt, die bisher Baumwolle zu „Seide“ mercerisierte, anfing, statt dessen Gemüse zu dörren: so konnte man in allen diesen Fällen der Glätte der Umstellung die höchste Bewunderung zollen. Aber man darf nicht übersehen, daß damit große Werte an Maschinen und an Anlagen zunächst verloren gingen. Wenn man in Friedenszeiten die alten Maschinen hervorholt, so werden sie, jahrelang nicht gebraucht und vielfach überholt, oft nur altes Eisen sein. — Eine zweite „Umstellung“ trat in der Kriegswirtschaft durch die Stilllegungen der weniger leistungsfähigen Betriebe ein. Nach einer Zählung¹⁾ im Frühjahr 1918 waren von 1700 Baumwoll-Spinnereien und Webereien nur die 70 leistungsfähigsten in Betrieb gelassen, von 4500 Seidenstühlen nur 2500; von 720 Ölbetrieben nur noch 15. Selbst in der Schuhmacherei, in welcher der, hier noch bedeutende, Kleinbetrieb glimpflich behandelt werden sollte, schätzte man die Zahl der fortarbeitenden Betriebe nur noch auf die Hälfte. — Mit Beendigung des Krieges wird keineswegs immer eine Rückwanderung in den alten Zustand eintreten, sondern häufig werden die wirtschaftlichen Verhältnisse eine dritte Umstellung notwendig machen. Zu der sachlichen Umstellung wird manchmal eine Verlegung des Standortes hinzukommen. Wenn jener Cresfelder Seidenweber, der nun einmal durch das Kriegsgeschäft der eisernen Bettstellen von seinem ursprünglichen Geschäft abgekommen ist, jetzt den Gedanken faßt, eine Getreidemühle mit elektrischem Betrieb zu errichten (vielleicht weil einer seiner Söhne als Wirtschaftsoffizier landwirtschaftliche Interessen gewonnen hat, der andere Maschineningenieur ist), so wird er sie schwerlich in Cresfeld, sondern an einem der Getreideplätze Düsseldorf und Mannheim oder gar in Ostbrien errichten. Gewiß werden seine Cresfelder Gebäude schließlich eine andere Verwendung finden. Aber wenn zwei Millionen Mark ihre

¹⁾ A. Feilner], Vor der Übergangswirtschaft II: Frankf. Zg., 14. Juni 1918, I. Morgenblatt (Sonderabdruck angekündigt).

Anlage so ändern, und diese Umwandlung in einer Volkswirtschaft sich vertausendfacht, so entstehen ihr so bedeutende Verluste, daß Schätzungen des Volksvermögens aus der früheren Zeit gegenwärtig brauchbare Unterlagen nicht mehr abgeben können. — Die Wirkung dieser Umstände wird vervielfacht durch das Zusammentreffen mit tiefgreifenden sozialpolitischen Maßnahmen und den gewaltigen Umänderungen, die unter dem Namen einer „Sozialisierung der Betriebe“ geplant werden. Auch wer fest daran glaubt, daß der Achtstundentag nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Arbeitsleistung bedeutet; wer den Industrien, die ihn nicht ertragen können, die Existenzberechtigung abspricht, wird auf eine gewisse Übergangszeit rechnen müssen, in der das Alte abstirbt und neues Leben erst noch aus den Ruinen blühen soll. Die Auswahl der „sozialisierungsreifen“ Betriebe ist anerkanntermaßen ein Experiment; selbst im Falle des glücklichsten Gelingens muß es mit zahlreichen Umstellungen verbunden sein.

Wie weit neue Umstellungen nach dem Kriege durch außenpolitische Maßregeln sich erzwingen werden, hat man sich in Deutschland bisher noch nicht annähernd klar gemacht. In der heutigen Berg- und Hüttenindustrie hat sich ein bestimmtes Verhältnis von Erz und Kohle herausgebildet. Früher schlossen sich alle Eisen- und Metallgewerbe an die Erzlager an; die Kohle wanderte zu ihnen. Heute zieht die Kohle das Erz an. Deutschlands Industrie beruhte auf seinem Reichtum an Kohle; an Erzen war es arm. Wenn jetzt auch noch die lothringische Minette fortfällt, und etwa noch weiter angedrohte Erz-Entziehungen folgen (obgleich Frankreich mehr Erze besitzt, als es verarbeiten kann!), so stehen nicht nur die deutschen Eisen- und Metallgewerbe vor der Notwendigkeit einer „Umstellung“. Auch das im Kohlenbau angelegte Kapital muß z. T. eine andere Anlage suchen. Auch wenn diejenigen, die nach dem Kriege eine verschärfte Absperrung der Staaten gegeneinander durchsetzen wollen, nicht gerade Recht behalten, so wird den staatlichen Grenzen doch sicher in wirtschaftlicher Beziehung ein steigender Einfluß zukommen. Der Aktionsradius der Volkswirtschaft wird für ganze Komplexe von Unternehmungen dann zu klein geworden sein. Gewisse Industrien werden sich plötzlich an die Landesgrenze gestellt sehen und ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten können. Auch aus solchen Gründen werden weitere Umstellungen notwendig werden und in vielen Fällen eine Veränderung des Standortes zur Folge haben. Dabei wird unvermeidlich manches entwertet, bloß weil es an dem

Orte nicht zu brauchen ist, an dem es sich befindet. Ganz Deutschland ist gegenwärtig von der Sorge um die Wohnungsfrage erfüllt. Es ist noch gar nicht sicher, daß alle Städte einen Mangel an Wohnungen haben werden. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß manche Städte veröden. Was würde es bedeuten, wenn Berlin aufhörte, Sitz der Reichsbehörden zu sein, und die Republik sich etwa in Weimar ein deutsches Washington schaffen würde? Berlin würde vermutlich nicht einen Mangel, sondern einen Überfluß an Häusern haben. Große räumliche Verschiebungen in der Volkswirtschaft haben immer eine Entwertung zahlreicher Gebäude zur Folge. Die Gebäude noch heute mit dem alten Feuerkassenwert ansetzen zu wollen, den sie vor dem Kriege hatten, ist also auch aus diesem Grunde nicht möglich (abgesehen davon, daß auch hier die Abnutzung und jahrelange Unterlassung von Reparaturen sich in sehr bedeutendem Maße geltend macht).

3.

Der größte Verlust, den die kriegsführenden Völker erlitten haben, ist der Verlust an Menschen. Daß $1\frac{1}{2}$ Millionen Männer der kräftigsten Lebensjahre unter der Erde liegen, drückt ein Schicksal aus, daß wir mit den anderen Völkern teilen. Von den Völkern, die seit 1914 im Kriege stehen, hat nur England geringere Blutopfer gebracht. Die anderen Nationen werden im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung die gleichen Verluste erlitten haben. Ob durch diese Gleichheit der wirtschaftlichen Folgen ein Verlust erschwert oder vielleicht hier und da erleichtert wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Für die deutsche Volkswirtschaft werden durch Gebietsabtrennungen weitere schwere Verluste hinzutreten. Erhöhung der Todesfälle und Ausfälle an Geburten (s. u.) werden auch auf Millionen zu schätzen sein. Daß bei drohendem Menschenmangel noch mit einer Gefahr der Auswanderung gerechnet wird, scheint ein Widerspruch zu sein. Aber die Erfahrung lehrt, daß überall, wo durch Abschmelzen der Bevölkerung Nahrungsschwierigkeiten entstehen, die am härtesten betroffenen Schichten den heimatlichen Boden verlassen. Wo der Volkswirt Menschenmangel sieht, meinen die von Nahrungssorgen Beschwerten, daß ihrer zu viele seien.

Der Menschen sind in Deutschland nicht nur weniger geworden; auch wir, die wir übrig geblieben sind, sind weniger wert, als wir

vor dem Kriege wert waren. Dies gilt zunächst in körperlicher Beziehung. Die Urteile über den Einfluß der Kriegsernährung haben zu verschiedenen Zeiten des Krieges verschieden gelautet. Als im Jahre 1914 sich der in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Fall ereignete, daß über ein ganzes Volk eine Hunger-Absperrung verhängt wurde, herrschte in Deutschland die Sicherheit, daß dieser fürchterlichste aller Völkerrechts-Brüche sich an England selbst rächen müßte; zumal sich die Neutralen damals der englischen Rechtswidrigkeit noch nicht gefügt hatten. Die Überzeugung, daß es sich nur darum handelte, eine kurze Zeit „durchzuhalten“, gab der Bevölkerung einen Schwung, der sich stärkend geltend machte. Es war auch nicht erheuchelt, wenn wir damals sagten, daß es uns gut tue, von der fetten Kost der Friedensjahre etwas zurückzukommen. Deutschland war vor dem Kriege vielfach in Wohlleben versunken, und bis in die untersten Schichten hinein spielte gutes Essen und Trinken eine größere Rolle, als zu Zeiten unserer Väter und Großväter für Recht gehalten wurde. Dickbäuche sah man in allen Bevölkerungsklassen. Die Zahl der Leute, die bei schmalerer Kost sich körperlich wohler befanden, war 1914/15 nicht gering. Wenn damals vereinzelt ärztlichen Stimmen, die aus dem Körpergewicht von Schulkindern auf bedenkliche Symptome schließen wollten,¹⁾ nicht Recht gegeben wurde, so brauchte man darin keine Schönfärberei zu sehen. Schon 1916 aber schienen Untersuchungen von Großstadt-Kindern bedenklichere Ergebnisse zutage zu fördern.²⁾ Vollends 1917 und 1918 wurden die Symptome der Unterernährung in der ganzen Bevölkerung unverkennbar. Wenn in den vier städtischen Irrenhäusern Berlins (auf Zahlen aus der Anstaltspflege sind wir zunächst fast ausschließlich angewiesen) das Durchschnittsgewicht im April

1914	1915	1916	1917
58,8	56,4	53,9	47,7 kg

betrug,³⁾ so ist die Abnahme an sich erheblich, ihre Steigerung im

¹⁾ So Rettner (Charlottenburg), Das erste Kriegsjahr und die großstädtischen Volksschulkinder: Deutsche Med. Wochenschrift 1915, Nr. 48. Einschränkung: Roth (Potsdam), Liegt eine Nahrungsnot bei den Kindern der Volksschule vor? in der Zeitschrift „Öffentl. Gesundheitspflege“ I (1916), S. 23—29.

²⁾ Thiele (Chemnitz), Stadt- und Landschulkinder in der Kriegszeit: Concordia, 15. Nov. 1917, nebst Red.-Anm.

³⁾ Verwaltungsbericht des Magistrats Berlin 1916/7, bis jetzt nur im Auszug: Vorwärts, 25. Dez. 1918, Morg.

Fortgang des Krieges aber geradezu schreckenerregend. Bei den weniger widerstandsfähigen Personen zeigen sich die Wirkungen in einer Vermehrung der Todesfälle. Wenn an Tuberkulose 1918 doppelt soviel gestorben sind wie 1913, die Kindersterblichkeit sich verandert halbfacht, die Sterblichkeit der über 60 jährigen sich jedenfalls sehr erheblich (die genauen statistischen Vergleichszahlen liegen noch nicht vor) vermehrt hat, so sind das alles nur Symptome viel weiter reichender Wirkungen. Von sachverständiger Seite¹⁾ ist die Mehrsterblichkeit unter dem Einfluß der Blockade auf 763000 Todesopfer berechnet worden, wobei die Grippe-Fälle sorgfältig ausgeschieden sind (obgleich kein Zweifel daran sein kann, daß die Seuche ihren gefährlichen Charakter mit der Unterernährung verdankt). Alle diese Zahlen haben von 1914 bis 1918 sich erst allmählich auf ihre Höhe emporgeschraubt. Denn zu Anfang haben die Neutralen, namentlich Amerika, noch Widerspruch dagegen erhoben, daß England sich herausnehme, ihnen ihren Handel abzuschneiden, obgleich sie am Kriege nicht beteiligt waren. Je mehr der sog. Wirtschaftskrieg zu einer Kriegführung gegen die Neutralen, ja schließlich zu ihrer völligen Unterwerfung unter englische Machtgebote ausartete, desto enger wurde der Ring um Deutschland geschlossen, desto spärlicher die Nahrungszufuhr, desto schlimmer die Wirkungen auf den Körper, der nicht mehr wie in den ersten Jahren noch vom eigenen Fett zehren konnte. Als sich im Dezember 1918 der Ärzte wegen der jetzt offenbar allgemein gewordenen Unterernährung eine steigende Besorgnis bemächtigte, traten die Berliner Ärztlichen Gesellschaften zu einer Gesamttagung²⁾ zusammen, die das Bild eines schwerwiegend einstimigen Urteils entrollte. Die Versammlung ging sogar soweit, daß sie die Dumpfheit, mit der die Bevölkerung das traurige Ende des Krieges und die noch traurigeren Aussichten des Friedens über sich ergehen ließ, auf die geschwächte und kaum noch aufregungsfähige Körperverfassung zurückführte. An diesen Menschen besitzt die deutsche Volkswirtschaft nicht mehr, was sie früher besaß. Oder wie in England im Herbst 1918 diese Willkür-Absperrung, die außer England noch nie ein Staat der Menschheit aufzuzwingen gewagt

¹⁾ Samel, Medizinalreferent im Reichsamt des Innern auf Grund amtlicher Erhebungen, in dem Stenogr. Bericht der folgenden Anm. Ebenda die Belege über die anderen Einzelheiten.

²⁾ Außerordentl. Sitzung der Vereinigten Ärztlichen Gesellschaften am 18. Dez. 1918: Berliner Klinische Wochenschr. 6. Jan. 1919 (S. 1 bis 9, 20, stenogr.).

hat, in ihren Erfolgen gerühmt wurde (unter Berufung auf medizinische Autoritäten und die Folgen der Vererbung in zukünftigen Generationen!): „Die deutsche Rasse wird ruiniert. Die Geburtenziffer mag in Deutschland befriedigend sein,¹⁾ der nicht ausrottbare Schaden ist etwas anderes und ernsteres.“

Vielleicht noch schlimmer ist die wirtschaftliche Entwertung, die man uns durch einen uns böswillig angehängten schlechten Ruf bereitet hat. Im Wirtschaftsleben gilt ein Mensch soviel wie er geachtet wird. Sein „Kredit“ weist ihm seinen Wert an. Seitdem in der Nacht vom 4. zum 5. August 1914 die deutschen Kabel durchschnitten wurden, und alle Völker der Erde über Deutschland nur erfuhren, was Reuter ihnen zuflüsterte, hat sich über den Ursprung des Krieges, über Belgien, über angebliche Greuel durch die ganze Welt eine Tradition ergossen, deren Wirkungen auch der Jüngste unter uns nicht überleben wird. An dem lateinischen Satz „calumniare audacter, semper aliquid haeret“ ist nichts bedenklich, als das „aliquid“. Es ist gelungen, das Vertrauen zu uns zu untergraben. Der deutsche Kaufmann, der noch vor fünf Jahren den zuverlässigsten gleich geachtet wurde, wird an den Stätten seiner Wirksamkeit sich seinen Ruf neu aufbauen müssen. Ja, eine zielbewusste und beharrliche Massenverleumdung hat noch ganz andere Erfolge. Man sage einer Bevölkerung gewisse schlechte Eigenschaften unermüdlich nach, man bringe sie in den Ruf, unzuverlässig oder gar unredlich zu sein, und ihr wird die Möglichkeit, sich ihre guten Eigenschaften zu bewahren, schließlich genommen sein. Merken wir doch in dem gegenwärtigen traurigen Zustand unseres Vaterlandes nur allzu deutlich, daß gewisse Eigenschaften, die früher Freund und Feind in gleichem Maße an uns anerkannten, uns zu verlassen drohen. Gewiß werden diese Zustände nicht ewig dauern. Dem Volke, das in der Zeit tiefster Erniedrigung einen Fichte hervorgebracht hat, werden wiederum Männer erstehen, die ihm aus einer Würdelosigkeit im Unglück emporhelfen, der jetzt auch die Besten unter uns noch ohnmächtig gegenüberstehen. Wir werden die Stimme vernehmen, die mit Weisheit, Kraft und heiligem Zorn, aus

¹⁾ Im biologischen Sinne gemeint; absolut wird der geburtenmindernde Einfluß des Krieges eine Generation lang anhalten (im günstigsten Falle durch andere Momente kompensiert). — Rubner (eb.) führt den Ausspruch auf den Minister Baden-Powell zurück. Er scheint auf einen Aufsatz von F. W. Will (Weekly Dispatch 8. Sept. 1918) zurückzugehen (zu dem aber B.-P. das tonangebende Motto geliefert hat).

gütigem Herzen mit gestrengen Worten, uns den rechten Weg der Läuterung, der Emporbildung, der zurückhaltenden Selbstachtung weisen wird. Aber täuschen wir uns nicht, daß dies weit ausschauende Aufgaben sind. Geht Deutschland nach dem Kriege wieder an seine friedliche Arbeit heran, so stehen ihm für seine Volkswirtschaft nicht nur weniger Menschen zur Verfügung, sondern die Wenigen sind nicht mehr das, was sie früher waren. Körperlich entkräftet, weit mehr noch als ihm bis heute zum Bewußtsein gekommen ist; seelisch gebeugt, nicht etwa nur durch Mißerfolge, sondern auch durch jene ungerechten Anschwärzungen, die sich die Völker der Erde gegenseitig zu verbürgen scheinen; mit vermindertem Ordnungssinn, wird unser Volk im günstigsten Falle einen unverhältnismäßig großen Teil seiner Kräfte auf die Wiedergewinnung seines alten Ich zu verwenden und diesen Teil eben nicht mehr für unmittelbar wirtschaftliche Aufgaben zur Verfügung haben.

Von dem Menschenmaterial hängt die Wirkungsmöglichkeit aller Produktionsmittel ab, und damit auch ihre Bewertung. Was mit Werkzeugen und Maschinen, was mit Roh- und Hilfsstoffen sich anfangen läßt, ist nur zu bemessen nach den Menschen, denen man sie anvertraut. Schon darum glaube ich, daß die Maßstäbe für die Bewertung von Produktionsmitteln für uns in Zukunft erst wieder neu zu gewinnen sein werden.

Dazu kommt noch, daß der Friedensschluß, auch wenn die Wilsonschen Punkte loyal durchgeführt werden, für uns eine Belastung bleibt. Der deutsche Landwirt, Industrielle, Reederei, Bankmann usw., die große Schaar der denkenden Arbeiter in allen Erwerbszweigen sind dem Gefühl ausgesetzt, daß sie dem Ausländer fronden. Es ist alte historische Erfahrung, daß die Arbeit des Sklaven weniger wirksam und daher weniger wert ist, als die des freien Mannes. Wenn Deutschland gar der Vernechtung zugeführt werden sollte, die die wildesten unserer Feinde uns wünschen, so würde die Menschenentwertung, die darin läge, daß der Arbeitende die Früchte seiner Arbeit nicht genießt, auf alle vorhandenen wirtschaftlichen Anlagen zurückwirken. In einem versklavten Deutschland würde die Produktivität so tief sinken, daß wir schon aus diesem Grunde allein die Kapitalschätzungen der Vorkriegszeit aufgeben müßten.

Was von dem Kapital, den „produzierten Produktionsmitteln“ gilt, gilt nicht nur in demselben, sondern sogar in erhöhtem Maße von den Gaben der Natur. Der Grund und Boden erhält einen „Wert“ am Markte nur dadurch, daß es Menschen gibt, die sich

ihn einander streitig machen; dieser Wert steigt und sinkt, je nachdem viele oder wenige Menschen sich um ihn bewerben. Ich will nicht so weit gehen, für den landwirtschaftlichen Boden Deutschlands neben der Ausmergelung die Bevölkerungs-Verminderung als ein zweites Moment geltend zu machen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Deutschland genötigt sein wird, seine Selbsternährung auf eine breitere Grundlage zu stellen, und daß dieser Zwang zum Teil einer Wertverminderung entgegenwirken wird (wiewohl auch hier gewisse Über-Bewertungen entschleiert werden). In vollem Umfange aber trifft dies auf die städtischen Bodenflächen zu, die neben dem oben besprochenen Feuerfassen-Wert der Gebäude in dem städtischen Grundbesitz enthalten sind. An der Krisis des städtischen Grundbesitzes sind zwar die gewöhnlich angeführten Momente auch schuld; aber neben ihnen allen wirkt als elementare Ursache mit, daß jedes Fundament für seine Bewertung aufgehört hat, seitdem die langgewohnte Vorstellung der beständigen „Wertsteigerung“, die nichts anderes war, als die Vorstellung einer beständigen Bevölkerungs-Vermehrung, sich plötzlich vor die Möglichkeit des Gegenteils gestellt sieht. Wie der Rückgang der deutschen Volkszahl im ganzen, so würde hier auch der Rückgang an einzelnen Orten infolge einer Bevölkerungs-Verschiebung wirken. Was wir von den Häusern Berlins sagten, gilt auch von seinen Bodenflächen, bebauten, wie unbebauten. Und es handelt sich hier um sehr bedeutende Beträge. Steinmann-Bucher¹⁾ hat die Bodenfläche Großberlins mit 12 Milliarden eingesezt, die der 8 nächsten Städte (Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Köln, Breslau, Frankfurt a. M., Düsseldorf) mit zusammen 15,7 Milliarden, die der anderen Industrie-Großstädte mit 13 Milliarden. Allerdings war seine Schätzung des gesamten städtischen Grundbesitzes mit 50 Milliarden von den früher herrschenden Anschauungen stark beeinflusst. Es ist fraglich, ob auch nur Ballod und Helfferich ihre auf etwa die Hälfte (25 bis 30) gehenden Schätzungen angesichts der Bevölkerungs-Verminderungen und Verschiebungen werden aufrecht erhalten können.

4.

Auch abgesehen von allen Veränderungen, die seit den Schätzungen vor der Kriegszeit eingetreten sind, ist „Volksvermögen“

¹⁾ Am ausführlichsten in seiner zweiten Arbeit (o. S. 5/6¹⁾), hauptsächlich S. 34—42.

an sich kein feststehender Begriff¹⁾. Versteht man darunter den Gesamtbetrag der Güter, die einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen, so braucht man zwar an der Bezeichnung des Volkes als des Trägers dieses Vermögens nicht gerade sprachlich Anstoß zu nehmen; sie ist offensichtlich nicht in einem staatsrechtlichen Sinne gemeint, und es genügt zu sagen, daß wir sie in obigem Sinne meinen. Aber in jener Erklärung selbst (die wir als verhältnismäßig noch bestgeeignetes Beispiel unter mehreren wählen) sind sämtliche drei grundlegenden Begriffe, aus denen sich der Betrag zusammensetzen soll, unbestimmt: „Volkswirtschaft“, „Güter“, „zur Verfügung stehen“. Die Unbestimmtheit des ersten Begriffes vermögen wir nicht zu heilen und nicht zu mindern. In allen Teilen unseres wissenschaftlichen Betriebes schleppen wir es als gewohnt gewordene Bürde mit uns, daß der Begriff, von dem unsere Wissenschaft ihren Namen entlehnt (Volkswirtschaftslehre) eine Abstraktion ist, über deren reale Unterlage niemals eine vollkommene Verständigung stattgefunden hat. Wir müssen uns daran genug sein lassen, daß wir in Fragen, wie der vorliegenden, unter der deutschen Volkswirtschaft das Gesamtleben der innerhalb des Deutschen Reiches vorhandenen Wirtschaften verstehen, soweit wir sie unter diesem einheitlichen Gesichtspunkte betrachten. Wenn wir sodann auch den Begriff der

¹⁾ Es sollen an dieser Stelle nicht die Definitionen des Volksvermögens durchgesprochen werden, die die einzelnen Autoren versucht haben. Es wäre unbillig, eine Unklarheit, die teils mit dem Begriff, teils mit dem gegenwärtigen Stande unserer Wissenschaft verknüpft ist, die einzelnen entgelten zu lassen. A. Hesse (Das deutsche Volksvermögen: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 105, 1915, S. 289—312), gibt einen guten Überblick über die verschiedenen Methoden der Ermittlung. Er selbst schließt sich an die Definition einer Freiburger Dissertation von 1914 an (Walter Schmidt, Beiträge zur statistischen Erfassung des Volkswohlstandes): „Die Summe der im Eigentum eines Volkes befindlichen wirtschaftlichen Güter einschließlich der Rechtsansprüche auf ausländische Güter“ (S. 290). Indem er auf der folgenden Seite auf „diesen Begriff des Volksvermögens als Gesamtvorrat an wirtschaftlichen Gütern, über die ein Volk zu verfügen hat“, Bezug nimmt, bemerkt er nicht, daß die beiden Begriffsbestimmungen verschiedene sind. Es kann jemand das Eigentum an Gütern haben, ohne über sie verfügen zu können; und es kann jemand die Verfügung über Güter haben, ohne an ihnen ein Eigentum zu besitzen. — Am ausführlichsten sind die Schwierigkeiten behandelt in den nachgelassenen Vorlesungen von Schnapper-Andt, Sozialstatistik, hrsg. v. Zeitlin, Leipzig, Klinghardt 1908, S. 257—286.

„Güter“ an dieser Stelle als nicht eindeutig bestimmt bezeichnen und die Frage aufwerfen, ob nur die sogenannten wirtschaftlichen oder auch die freien Güter, ob die *res nullius* und die *res extra commercium* mitgezählt werden sollen, so könnte dies auf den ersten Blick als Wortklauberei erscheinen. Gewiß wird niemand auf den Gedanken kommen, man müsse auch die der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehende atmosphärische Luft irgendwie in Ansatz bringen, obgleich sie ein „freies“ Gut ist und daher keinen Marktwert hat. Aber wenn beispielsweise einer Volkswirtschaft ein schiffbarer Strom zur Verfügung steht mit sanftem Gefälle und so weiten Ufern, daß beliebig viele Schiffe darauf fahren und einander ausweichen können, — wird man auch dann behaupten wollen, daß das Fahrwasser, weil in unbegrenzter Menge vorhanden, als „freies Gut“ nicht mit in Anschlag gebracht zu werden brauche? Wird man wirklich die Behauptung aufrecht erhalten wollen, daß eine Volkswirtschaft mit einem breiten Strom ärmer sei, als eine gleiche mit einem so schmalen und dürftigen Strom, daß die Schiffe, geordnet und geschleust, sich ihre Fahrt erst erkaufen müssen? Noch wichtiger ist es, daß eine Anzahl Güter, an die wir bei Aufstellung von Privatvermögen nur ausnahmsweise denken, in den „Volkstvermögen“ zu einer bedeutenden Rolle gelangen: wie will man Chausseen, Eisenbahnen, Brücken, Häfen, Leuchttürme, Postanstalten und Telegraphen, Festungswerke, Zinghäuser, Artillerie- und Lustparks, Gefängnisse, Gerichts-, Schul- und Kirchengebäude in ihrem Wert veranschlagen? Der dritte Begriff endlich „zur Verfügung stehen“, ist uns in der Privatwirtschaft klar als das römische *ius utendi et abutendi*. Aber wenn wir von der Volkswirtschaft als einer Gesamtheit und einem Zusammenhange sprechen: wie sollen wir dann die wichtigsten Güter als der Volkswirtschaft „zur Verfügung stehend“, bewerten, wenn sie so beschaffen sind, daß durch Verfügung im Wege des Verkaufs gerade die Volkswirtschaft aufhören würde? Diese Fragen werden in ihrer fundamentalen Bedeutung noch klarer, wenn wir uns vor Augen halten, daß durch die Unsicherheit dieser drei Begriffe, die dem Gesamtbetrage zugrunde gelegt werden, auch der vierte der Begriffe, nämlich der „Gesamtbetrag“ selbst, unsicher wird. Das Wort Betrag bringt mit ausreichender Bestimmtheit zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um eine Aufzählung einzelner Güter, sondern um eine rechnerische Gesamtgröße handelt; daß also nicht bloß positiv eine Addition der in Betracht kommenden Güter, sondern auch negativ eine Subtraktion abziehender Größen stattfindet. Von der Gesamtheit der der

deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Güter ist der Wert der Güter abzugiehen, die die deutsche Volkswirtschaft an andere Volkswirtschaften schuldet. Daß wir hierbei mit der Schwierigkeit zu tun haben, ob wir als Deutsche die Einwohner oder die Reichsbürger zählen sollen, ob wir also das Vermögen der in Deutschland lebenden Ausländer oder das der im Ausland lebenden Reichsbürger mitzuzählen haben oder nicht, mag hingehen; legt man die Wohnbevölkerung zugrunde, so würde man nicht nur m. E. das Richtige treffen, sondern auch jedenfalls² nach beiden Seiten hin nur geringe Abweichungen riskieren; auch über deutschen Grundbesitz im Auslande oder ausländischen in Deutschland könnte man sich verständigen. Viel wichtiger ist das Grundsätzliche, daß jede rechnerische Größe immer eine Rechnungseinheit für alle Posten zur Voraussetzung hat, aus denen sie sich zusammensetzt. Wenn wir von Gütern in diesem Zusammenhang sprechen, so schwebt uns dabei immer ihr in Geld ausgedrückter Wert vor. Die einzige Art, in der wir eine Bewertung der verschiedenen Güter uns gleichmäßig durchgeführt vorzustellen vermögen, ist der Preis, den sie im Falle des Verkaufes erzielen würden. Praktisch führt es schon in privatwirtschaftlichen Vorgängen zu erheblichen Schwierigkeiten, sich den „Wert“ der einzelnen Gegenstände unter dem Gesichtspunkte des Verkaufspreises zu denken (jeder Abgebrannte und jede Feuerversicherungs-Gesellschaft wissen ein Lied davon zu singen). Aber in der Bestimmung eines „Volkvermögens“ stellen gerade jene großen, oben aufgezählten Objekte, ihrer ganzen Art nach, der Bestimmung des Verkaufswertes Schwierigkeiten entgegen, die wir wohl als unüberwindlich bezeichnen müssen. Welches ist der Verkaufswert der preussischen Eisenbahnen? Weder die Anschaffungskosten noch die Rente bieten einen Anhalt für die Berechnung. Aber selbst, wenn man aus diesen beiden Faktoren heraus einen Anhaltspunkt fände — dadurch allein, daß der preussische Staat dieses Riesenobjekt an den Markt brächte, würde es ja an sich schon in seinem Wert verringert sein. Was würde eine Schätzung von Zuckerfabriken wert sein, sobald 10000 Zuckerfabriken an einem Tage zum Verkauf gestellt würden? Und doch würde dieser Vergleich noch lange nicht an das Kolossal-Beispiel der preussischen Staatsbahnen heranreichen.

Es ist fraglich, ob der Begriff des Vermögens hier überhaupt anwendbar ist. Sprachlich ist das Substantiv Vermögen nichts anderes, als das Verbum. „Vermögen“ ist „Können“. Daß wir Gott lieb haben sollen, von ganzem Herzen, von ganzer Seele, „von

allem Vermögen“, heißt nichts anderes, als: mit unserem ganzen Können. Wenn wir uns in der Nationalökonomie davon dispensiert haben, das Wort Vermögen in diesem umfassenden Sinne anzuwenden, und es auf die Mittel und Objekte des Könnens beschränken, die sich in Geldeswert ausdrücken lassen, so hat dies immer eine Tauschgesellschaft zur Voraussetzung, innerhalb deren Tauschvorgänge und Gelbbewertungen vorkommen. Diese Tauschgesellschaft, innerhalb deren wir uns die Tauschvorgänge und Bewertungen denken, ist in der Grundfläche mit der Volkswirtschaft identisch. Wie wir ein Objekt bewerten sollen, durch dessen Abgabe jene Tauschgesellschaft selbst aufhören würde, innerhalb deren allein die Bewertungs-Vorgänge gedacht werden können, das ist die Denkschwierigkeit, vor die jede Aufmachung eines Volksvermögens gestellt ist. Man kann versuchen, diese Denkschwierigkeit zu überwinden, indem man sich vorstellt, daß an Gefängnissen, Gerichtsgebäuden, Kanälen usw. einzelne Mitglieder der Volkswirtschaft das Eigentum erwerben und die Volkswirtschaft bei ihnen gewissermaßen zu Miete wohnt. Man kann sich das große Eisenbahn-Netz in Parzellen geteilt an die ehemaligen Aktiengesellschaften zurückkehrend vorstellen; es bleibt immer ein Rest, den wir uns nicht vorstellen können, weil uns an irgend einem Punkte die Maßstäbe und Voraussetzungen der Bewertung entgleiten. Man versuche einmal, das ganze Menschheitsvermögen zu schätzen, und man wird noch deutlicher merken, daß es Maßstäbe dafür nicht geben kann.¹⁾

Zu diesen begrifflichen Schwierigkeiten kommt hinzu, daß es einzelne Güterarten gibt, die wir zum „Vermögen“ der Einzelnen mitrechnen müssen, deren Vorhandensein aber die Gesamtheit nicht reicher macht. Das augenfälligste Beispiel dafür bieten die Geldvorräte. In welcher Form auch immer der reiche Mann sein Geld vorrätig hält, sie gehören zu seinem Reichtum; ja der Begriff des Reichtums hat sich vornehmlich an diesem Besitz gebildet. Will man aber ein Volksvermögen berechnen, so kann man dies nur auf den

¹⁾ „Vor vielem hat man sich dabei zu hüten, besonders aber vor einem . . . vor dem, wonach der Laie am gierigsten ausgeht: vor den in Geld ausgedrückten Zahlen, die das gesamte . . . Vermögen zusammenfassen sollen . . . die großen . . . Geldsummen-Zahlen haben nur Wert als Ausgangspunkte für Zerlegungen (im Original gesperrt): Schnapper - Urndt, S. 276/8.

Metallwert des Geldes anwenden. Wollte man es auch auf das Papiergeld anwenden, so ergäbe sich die unsinnige Folgerung, daß man den Reichtum eines Volkes beliebig steigern könne, indem man Tag und Nacht die Notenpresse arbeiten läßt. Man könnte dieser Folgerung zwar noch ausweichen, indem man jedem Papiergeld-Aktivum eine entsprechende Passivschuld bei dem Emittenten gegenüberstellt (wiewohl es auch Staaten gegeben hat, die bei ihrem Papiergeld eine Passivschuld nicht anerkannten). Aber es gibt andere Beispiele, bei denen diese Gegenüberstellung kaum möglich ist. Wenn durch Privileg oder Gesetzgebung dem Erfinder ein Patent auf seine Erfindung gegeben wird, so ist er um den Wert des Patentbesitzes reicher; das Volk im ganzen ist aber dadurch nicht reicher geworden, daß das Recht der Benutzung nicht allen, sondern nur einem zusteht. Der mittelalterliche Kaiser, der einem seiner Getreuen das Recht verlieh, von jedem Schiff auf dem Rhein einen Zoll zu erheben, schuf ihm damit ein neues Vermögensobjekt; aber das damalige deutsche Volk als Ganzes wurde dadurch nicht reicher, daß jeder, der den Rhein befuhr, verpflichtet war, etwas von seinem Vermögen abzugeben. Das drastischste Beispiel dafür ist das sogenannte Geleitrecht, das darin bestand, unter dem Namen und Vorwande einer Schutzgewährung dem vorüberziehenden Wanderer eine Abgabe abzapfen zu lassen. Diese und ähnliche Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß die älteren Versuche¹⁾, das Volksvermögen durch Addition der Einzelvermögen zu gewinnen, ganz aufgegeben wurden. Heute stellt man dieser „subjektiven“ Methode die „objektive“ gegenüber²⁾, die nicht von den besitzenden Subjekten, sondern von den

¹⁾ In der Sitzung des Internationalen Statistischen Kongresses vom Sept. 1903 hat Adolph Wagner ein Referat über „Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens“ gehalten und hernach in erweiterter Form veröffentlicht: *Ztschr. des Preuß. Statist. Büros* 24 (1904), S. 41—122. Der Zusatz zum Titel: „Mit besonderer Berücksichtigung der Steuerstatistik“ zeigt, daß W. sich von vornherein nur diese Aufgabe stellte. Nicht, weil er an die objektive Methode noch nicht gedacht hätte, sondern weil er den absoluten Ermittlungen eines „Volksvermögens“ keinen erheblichen Wert beilegt (s. u. S. 28¹⁾) und ihm die Verschiebungen innerhalb desselben das eigentlich Wichtige sind.

²⁾ Hauptsächlich seit Steinmann-Bucher (s. v. S. 5¹⁾). Theoretische Begründung s. bei Lexis in dem neuen Artikel „Volksvermögen“: *Handwörterb. der Staatswiss.*, 3. Aufl., Bd. 8 (1911) S. 331. Er will alle Fäden, die den Begriff noch mit dem privaten Vermögen ver-

besessenen Objekten ausgeht und hierbei die Güter-Kategorien so bildet, daß die nicht in Betracht kommenden Bestandteile privater Vermögen von selbst ausscheiden. Mit der dadurch gewonnenen Un-
abhängigkeit von den Einzelwirtschaften ist aber nun die entgegengesetzte Gefahr verbunden. Früher hatte man an den Einzeldeklarationen wenigstens einen festen Ausgangspunkt. Jetzt sind der Phantasie darin keine Grenzen mehr gezogen, was sie als mögliches Objekt eines „Volksvermögens“ diesem zugute rechnen kann. Zu den naivsten Vorstellungen in dieser Beziehung gehört wohl die ab und zu auftauchende Schätzung der Kohlenvorräte. Sie ist nicht gerade neu. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, ist in früheren Jahrzehnten manchmal von naturwissenschaftlicher Seite aus der Versuch gemacht worden, sämtliche Kohlenvorräte der Erde in Geld zu schätzen. Es ist wohl nur eine Fortsetzung oder Erneuerung solcher älteren Versuche, wenn gegenwärtig in der Presse der Entente-Länder behauptet wird, die unterirdischen Kohlenvorräte Deutschlands stellten einen Wert von 2 Billionen Mark (= 2000 Milliarden) dar. Alle derartigen Berechnungen gehen von der Voraussetzung aus, man brauche nur zu wissen, wieviel Tonnen Kohle unter der Erde lagern, und wieviel für eine Tonne gezahlt wird, um im Wege einfacher Multiplikation herauszubekommen, wieviel jene Kohlenvorräte „wert“ sind. Man übersieht dabei die Kleinigkeit, daß die Kohlenvorräte den Wert erst dadurch erlangen, daß sie aus der Tiefe an die Oberfläche der Erde befördert werden; daß in diesem Werte sich nicht etwa eine Eigenschaft der Kohle ausdrückt, sondern ein Arbeitsergebnis; daß die Arbeit auch nicht identisch ist mit der heutigen, weil sie in immer tiefere Tiefen dringen muß; daß die Kohlenvorräte sich nicht auf einmal, sondern nur in sehr langen Zeiträumen fördern lassen u. a. m. Der Taler, der einstmals dem Urgroßvater als Patengeschenk in die Wiege gelegt wurde, zu 5% auf Zinseszins gegeben, würde heute auf 50 000 M. angewachsen sein. War darum der Taler damals soviel „wert“? Diese Schätzungen sind ebenso geistreich, als wenn man jemandem, dem man ein Ei zu essen gibt, sagen wollte, man setze ihm ein Huhn vor.

knüpfen, lösen, weil das Wort „Vermögen“ den juristischen Begriff eines Eigentümers zur Voraussetzung habe. Diese Begründung ist zwar nicht vollkommen stichhaltig, aber man kann seinen Folgerungen aus anderen Gründen zustimmen.

Das Vorstehende ist nicht in dem Sinne einer Kritik der bisherigen Schätzungsversuche gemeint. Es soll nur beweisen, daß Schätzungen eines Volksvermögens niemals denselben Sinn haben können, wie Schätzungen von Privatvermögen. Ich glaube in der Tat, daß bei Schätzungen von Volksvermögen ihre Urheber die Zahlen in einem anderen Sinne gemeint haben.

Es besteht ein Bedürfnis nach zahlenmäßiger Orientierung zum Zwecke der Vermögens-Vergleichung zwischen Volk und Volk; sodann in noch höherem Grade bei demselben Volke zwischen einem Zeitpunkt und einem anderen. Fehler bei der Schätzung sind hierbei unschädlich, wenn sie nur immer in annähernd demselben Maße stattfinden.¹⁾ Aber selbst wenn diese Gleichmäßigkeit nicht zu erzielen ist, so können solche Zahlen immer noch dazu dienen, ein ungefähres Wissen besser zu vermitteln, als bloße Wortbeschreibungen. Wenn man einer Bezifferung diese bescheidene Funktion zuschreibt, so stößt man dabei auf Schwierigkeiten, weil wir von der Anschauung beherrscht sind, daß die Aufgabe der Zahl gerade die genaue Feststellung sei. Wenn zahlenmäßige Angaben gemacht sind und nachher behauptet wird, sie hätten nur dazu dienen sollen, ein ganz ungefähres Bild zu geben, so neigt man dazu, dies als eine Art nachträglicher Ausflucht zu betrachten. Hierin liegt ein Denkfehler. Es ist richtig, daß es die Aufgabe der Zahlen ist, eine Feststellung exakter zu machen, als die bloße Wortbeschreibung es kann. Aber auch um das Ungefähre gerade in seiner Unbestimmtheit exakter zu kennzeichnen, kann die Zahl verwendet werden. Ein alter preussischer Kreisrichter

¹⁾ Die Brauchbarkeit fehlerhafter Zahlen, wenn nur die annähernde Gleichmäßigkeit der Fehler angenommen werden kann, glaube ich einmal an einem praktischen Beispiel erprobt zu haben. Im Jahre 1896/7 habe ich die Versuche begonnen, den Andrang am Arbeitsmarkte zahlenmäßig zu bestimmen. Mir stand dafür keine andere Zahl zur Verfügung als die Zahl der Arbeitsuchenden (A), die sich um die offenen Stellen (o) drängen. Diese Zahl, auf Prozente berechnet, legte ich zugrunde: $\frac{A}{o} \cdot 100$. Ich behauptete niemals, daß diese Ziffer den wirklichen Andrang angebe; indem man sie aber in jedem Monat mit dem Vormonat und mit der entsprechenden Ziffer des Vorjahres verglich, konnte man mit annähernder Bestimmtheit sagen, ob der Andrang zude- oder abgenommen habe. Trotz aller früher erhobenen Bedenken (die ich anerkenne, z. B. selbst hervorgehoben habe; vgl. Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft I (1902), S. 114—119) hat sich diese Ziffer durchgesetzt, und bildet heute die Grundlage der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt.

leitete seine Referendare dazu an, jedesmal, wenn vor Gericht etwas über Quantitäten ausgesagt würde, es in Zahlen zu bringen, und er liebte es, dies an praktischen Beispielen klar zu machen. Der Bestohlene sagt aus, es sei ihm Getreide gestohlen worden; wieviel, könne er nicht sagen. Der Referendar will das protokollieren. Der Richter aber fragt: War es ein Wispel (24 Scheffel)? „Herr Kreisrichter, wie soll ich zu einem Wispel Roggen kommen?“ War es ein Scheffel? „Ein Scheffel ist wieder viel zu wenig.“ Vielleicht 5 Scheffel? „Ja, aber es kann auch mehr gewesen sein.“ Schreiben wir also: 5 bis 10 Scheffel? „Ja!“ Jetzt ist vollkommen klar, daß es sich um einen Diebstahl handelt, bei dem die Diebe ihre Beute noch auf dem Rücken wegschleppen konnten, und daß kein Gefährd dazu nötig war. — Ein wegen seiner mathematischen Formulierungen bewunderter Physiker liebte es, wenn er merkte, daß Leute sich gegenseitig nicht verstehen konnten, weil ihnen Größenkategorien unklar blieben, die Frage dazwischen zu werfen: Welche Potenz von 10? Ein Bankier wird beispielsweise angegangen, zu einem guten Zwecke etwas beizutragen; er kann weder Ja noch Nein sagen, weil der Vorschlagende erklärt, die Sache noch nicht schätzen zu können. Auf die Frage, welche Potenz von 10, erfährt er wenigstens, ob es sich um Beträge in der Kategorie von Zehnern, Hunderten, Tausenden oder Zehntausenden von Mark handelt. 20, 30 oder 300 Mark bewilligt er auf die bloße Persönlichkeit des Empfehlenden hin, bei 3000 wird er sich die Sache überlegen, bei 10000 oder mehr Recherchen anstellen.

Lediglich etwas Derartiges war gemeint, wenn Schätzungen des Volksvermögens unternommen wurden. Man wollte sich der Zahl als eines Mittels bedienen, um die ungefähre Größenklasse (sozusagen die Potenz von 10), um die es sich handelt, dem Leser vor das geistige Auge zu führen.¹⁾ Werden solche Schätzungen in regel-

¹⁾ Steinmann-Bucher spricht sich in seiner dritten Arbeit von 1916 (f. o. S. 5/6¹⁾), S. 9, hierüber mit ausreichender Deutlichkeit aus: „Wer in meiner Darstellung des deutschen Volksvermögens nur die großen Zahlen sieht, die ich errechnet habe und glaubt, es komme nur lediglich darauf an, festzustellen, daß unser Volksvermögen den oder den Stand erreicht hat, und daß dieser Betrag höher ist, als das Volksvermögen in diesem oder jenem Lande, . . . der mißversteht mein Bemühen. Nicht die errechneten Zahlen sind die Hauptsache, vielmehr wie sie zustande gekommen sind, wie festen Boden sie haben, und welche Aussichten sie in die Zukunft eröffnen. Bei allen Vermögenskategorien sind es die Entwicklungs-Richtungen, Entwicklungs-Möglichkeiten und Wahrscheinlich-

mäßigen Zwischenräumen wiederholt, und blicken wir zuletzt auf eine lange Reihe solcher historischen Tabellen hin, so werden wir vielleicht eines Tages auch periodische Veränderungen schätzen können. Aber auf Grund der Schätzungen vor dem Kriege herausrechnen zu wollen, um wieviel das Volksvermögen sich jetzt verringert habe,

keiten, die dargestellt worden sind. Beim städtischen und ländlichen Grundbesitz, bei industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit ist der Gang der Entwicklung als das Wesentliche ins Auge gefaßt und die für den flüchtigen Augenblick errechnete Zahl lediglich als die Station bezeichnet, die wir heute erreicht haben, die aber morgen schon hinter uns liegt. Und auch dieses Quantitative erschöpft nicht das Werturteil; das Qualitative, die Höherführung in geistiger und materieller Beziehung ist in die erste Linie gesetzt. Derselbe Betrag des Volksvermögens, ja selbst der gleiche Kopfbetrag bei zwei Völkern, kann für jedes derselben etwas ganz anderes bedeuten: bei dem einen Stillstand, bei dem andern Rückschritt oder im Gegenteil ein gewaltiger Gewinn. Darum darf die einmal festgesetzte Zahl nicht als etwas Unbewegliches gelten. Sie ist aus dem Flusse der Zeit herausgehoben, ist selbst flüchtig als Ganzes, wie in ihren Teilen. Deshalb müssen wir es uns abgewöhnen, eine solche Zahl als eine feste Errungenschaft, etwas Bleibendes, wissenschaftlich Gewonnenes in unseren Zitatenchat aufzunehmen, müssen uns an die Vorstellung gewöhnen, daß sie sich jeden Tag ändert und von Zeit zu Zeit uns fragen und versuchen, festzustellen: „wie groß mag die Zahl heute geworden sein?“ Diese Worte waren damals noch in froher Zuversicht einer weiter aufsteigenden Entwicklung geschrieben. Jetzt haben wir nicht nur das Gesagte mit negativem Vorzeichen anzuwenden, sondern müssen uns außerdem auch klar machen, daß der plötzliche Umschlag, der stattgefunden hat und sich fortsetzt, uns alle Handhaben einer Weiterberechnung entzogen hat. Darüber hinaus sind aber auch heute noch die Worte zu beherzigen, die Ad. Wagner den „Leitfäden“ des Internationalen Statistischen Instituts entnommen hat, um sie an die Spitze seiner Arbeit (S. 24¹) zu stellen: „Die statistische Ermittlung der Höhe und Verteilung des ganzen Volkseinkommens und -vermögens ist nicht vollständig zu erreichen, weil sich manche dazu gehörigen Elemente teils überhaupt nicht erfassen, teils wenigstens nicht auf einen Zahlenausdruck bringen lassen, namentlich auch nicht oder nur völlig willkürlich auf eine Tauschwert- oder Geldeinheit zurückgeführt werden können. Insbesondere gilt dies von einem erheblichen Teile des im öffentlichen Besitz (des Staates, der Verbände, der Gemeinden) stehenden allgemeinen Verwaltungszwecken dienenden Vermögens . . . Dieser öffentliche Besitz gehört aber zum Volksvermögen, diese Stützgewährungen zum Volkseinkommen. . . Für diesen öffentlichen Besitz und seine Stützgewährungen ist ein Tausch- oder Geldwert-Anschlag unmöglich. Der etwaige frühere Erwerb- und Kostenaufwand kann nicht als ein solcher Wert angegeben werden.“

wäre ein Unterfangen, für das es an allen wissenschaftlichen Handhaben fehlen würde.

5.

Es ist richtig, daß wir alle, die wir das Vermögensopfer befürworteten, uns auf die damals vorliegenden Schätzungen des deutschen Volksvermögens berufen haben. Es lag für uns kein Anlaß vor, auf diese glatte zahlenmäßige Veranschaulichung zu verzichten. Wird eine Finanzmaßregel vorgeschlagen, so will der Leser wissen, „was dabei heraus kommt“. Man verständigt sich leichter, wenn man, statt jede zahlenmäßige Angabe zu umgehen, gewissermaßen sagt, um welche Potenz von 10 es sich handelt. Niemals hat einer unter uns die Empfehlung des Vermögensopfers von diesen Schätzungen abhängig gemacht. Da der ganze Plan aus Anlaß der Tilgung der Kriegsanleihe auftauchte, so war es früher natürlich, die Berechnungen hiermit in Zusammenhang zu bringen. Heute fehlt uns für die Schätzung der zukünftigen Reichsschulden jeder Anhalt, und der Zusammenhang ist schon aus diesem Grunde gelöst¹⁾.

— Diese Veränderungen haben aber auf unsere Stellung zum Vermögensopfer keinen Einfluß. Unabhängig davon wird unser Standpunkt im wesentlichen durch drei Momente bestimmt.

Erstens: Das Reich soll seine Steuerquellen erfassen. Durch die starken Umwälzungen ist dies nur noch wichtiger geworden, als es schon vorher war. Unsere guten Gründe, vorweg eine Abgabe vom Vermögen zu erheben, sind bestehen geblieben. Wir sind uns stets darüber klar gewesen, daß das Opfer nicht auf einmal und nicht von allen in gleichmäßigen Raten entrichtet werden kann. Wir waren bereit, es auf einen Zeitraum von sagen wir zehn Jahren zu verteilen, und nur durch eine ausgesetzte Prämie zur sofortigen Entrichtung anzulocken. Die Gegner des Vermögensopfers waren bereit, eine Abgabe von der Vermögensrente zu bewilligen, und wollten sie nur auf einen noch längeren Zeitraum verteilen. Die Länge des Zeitraumes bildete keinen wesentlichen Differenzpunkt mehr. Die neue Maßregel wird, wie auch ihre Anhänger nicht verkennen, so schwierig sein, daß

¹⁾ Vgl. Jastrow, Nationalversammlung und Finanzprobleme (S. 3): „Gänzlich ausgeschlossen von der Arbeit ist die Schätzung des Finanzbedarfs und der Steuererträge. Diese hat eine Untersuchung für sich zu bilden.“

noch während der Ausführung gesetzliche Änderungen in den Einzelheiten erforderlich sein werden. Es wäre wohl möglich, daß in der Ausführung sich die Notwendigkeit zeigt, den Zeitraum zu verlängern (ja sogar unter Umständen zum Ausgleich etwas zurückzuzahlen). So bleibt als entscheidender Differenzpunkt nur übrig, daß wir das Vermögen selbst als Maßstab nehmen wollen, während die Gegner nur das Einkommen aus dem Vermögen als Maßstab wollen gelten lassen. Jeder Finanzpolitiker weiß, daß dies ein fundamentaler Unterschied ist. An diesem wollen wir uns genug sein lassen.

Zweitens (hier kann ich jedoch nur für mich persönlich sprechen) habe ich das Vermögensopfer nicht bloß wegen des finanziellen Ertrages befürwortet. Ebenbürtig steht mir daneben ein zweiter rein wirtschaftlich-erzieherischer Zweck. Die Verwilderung, die in unsere Preisbildung gekommen ist, werden wir in absehbarer Zeit nicht loswerden, wenn wir nicht die Einzelnen zu besserem Wirtschaften erziehen. Daß wir in der Zeit des Nahrungsmangels, der allgemeinen Warenknappheit und der Papiergeld-Zunahme das Rechnen und das sorgsame wirtschaftliche Denken verlernt haben, ist jedenfalls der schwerste uns zugestoßene Kapitalverlust. Uns tut eine durchgreifende Maßregel not, die uns auf Schritt und Tritt nötigt, wieder wie ehedem Preise zu prüfen und zu vergleichen, von der Höhe des Preises es abhängig zu machen, ob wir kaufen oder aus dem Laden hinausgehen. Ein sicheres Mittel dazu scheint mir, daß jeder von uns einen Teil seines Vermögens abtritt. Mit aus diesem Grunde habe ich es stets befürwortet, daß das Vermögensopfer, wenngleich mit schwächeren Sätzen, möglichst tief nach unten gehe. Schon bei mäßiger Wohlhabenheit kann es — die nötigen Rücksichten in der Ausführung vorbehalten — den vierten Teil des Vermögens betragen. Wenn das deutsche Volk insolgedessen wieder rechnen lernt, so wird sich das Geopferte im einzelnen reichlich bezahlt machen. Und darum habe ich das Paradoxon gewagt¹⁾: wenn man jedem von uns ein Viertel seines Vermögens wegnimmt, so werden wir nachher alle reicher sein, als wir vorher waren.

Ein dritter Grund für das Vermögensopfer liegt darin, daß die finanzielle Maßregel das einzige Mittel ist, um zu einer vollständigen Aufnahme aller innerhalb der Reichsgrenzen vorhandenen Vermögen zu gelangen. Das war ein Hauptgrund, weswegen ich nicht nur auf die Erfassung der kleinen Vermögen, sondern auch auf die

¹⁾ eb. Abschn. 1.

Heranziehung des Vermögens juristischer Personen im weitesten Umfange Gewicht legte.¹⁾ Will man Gemeinde und Einzelstaaten zum Vermögensopfer nicht heranziehen (obgleich ich glaube, Gründe dafür beigebracht zu haben), so möge man wenigstens sie in die Statistik einbeziehen, und von dieser das Reichsvermögen selbst auch nicht ausnehmen. Kann das Vermögensopfer nicht auf einmal erhoben werden, so wird auch der vollständige Vermögenskataster sich nicht auf einmal errichten lassen, man wird auch hier in der Ausführung lernen. Aber der Anfang muß gemacht werden.

Aus diesen Gründen halte ich an dem Vermögensopfer unverändert fest, und bin in der angenehmen Lage, hierfür keiner ausführlichen Begründung zu bedürfen, als in den drei vorstehenden kurz wiederholten Punkten geboten ist. An keiner Stelle meiner früheren Schriften war das Vermögensopfer damit begründet worden, daß es nach den Schätzungen des sog. Volksvermögens einen bestimmten Ertrag geben werde.

In den amtlich veröffentlichten²⁾ Grundzügen der zukünftigen Steuergesetze kann ich nicht eine ausreichende Berücksichtigung unseres Vorschlages sehen. Jene Pläne wollen den Beitrag, der den Vermögen auferlegt werden soll, in erster Linie von den Vermögen erheben, die sich während des Krieges gebildet haben, und stellen die Belastung der Gesamtvermögen in die zweite Linie; damit auf einen so bescheidenen Satz vorbereitend, daß von der Idee des „Vermögensopfers“ nichts Erhebliches mehr übrig bliebe. An anderer Stelle³⁾ glaube ich gezeigt zu haben, daß dieser Vorgang nicht neu ist. Die Bekämpfung und Verächtlichmachung der neuen Vermögen ist den Besitzern der alten Vermögensmassen stets als eine angenehme Ablenkung zugute gekommen. In der Aufwiegelung aller Leidenschaften gegen die neuen Vermögen habe ich von Anfang an für den Plan, sämtliche Vermögen, ob neu, ob alt, zu ernstern Opfern heranzuziehen, die wesentlichste Gefahr erblickt.

Diese Gefahr ist nun akut geworden. In der bevorstehenden Nationalversammlung wird auch dieser Kampf auszufechten sein.

¹⁾ eb.; ferner G^{Bl.} S. 31, 34, 42, 56, 62, 70 u. ö. vgl. Register unter „Statistik“.

²⁾ Reichsanzeiger 31. Dez. 1918. Dazu die Ankündigung des Schatzsekretärs Schiffer in seinem Vortrage im Handelskammer-Gebäude am 9. Dez. (Berlin, Verlag von Julius Springer).

³⁾ in dem oben S. 3^f zitierten Aufsatz.

Die Befürworter des Vermögensopfers würden ihrer Sache schaden, wenn sie sie weiter auf Ertrags-Berechnungen stützen wollten, die sich nur auf Schätzungen des „Volkvermögens“ berufen können, zumal sie sämtlich aus der Zeit vor dem Kriege stammen, und es kein Mittel gibt, sie auch nur annähernd auf den laufenden Stand zu bringen.

Dieses Anschauungsmittel müssen wir fallen lassen, und unsere Forderung müssen wir trotzdem aufrecht erhalten. Dies nachzuweisen, war der Zweck der vorstehenden Arbeit.

U n h a n g.

Volkvermögen und Kriegssentschädigung.

Das vorliegende Büchlein hat mir eine Fülle von Anfragen darüber eingetragen,¹⁾ weswegen ich nicht auch die brennende Frage der uns angedrohten Kriegssentschädigung und ihrer Begründung auf das deutsche Volkvermögen in diesem Zusammenhange behandelt habe. Das Büchlein entstammt einer Zeit, wo diese Fragen noch nicht im Vordergrund standen. Geradlinig hervorgegangen aus einem Problem der inneren deutschen Finanzpolitik, behandelt es die Schwierigkeiten, die dem Plane eines allgemeinen Vermögensopfers daraus erwachsen, daß die Unterlagen seiner Ertragschätzung, die Ziffern des sog. „Volkvermögens“, erschüttert sind. Wie wir angesichts dieser Erschütterung die Forderung einer Kriegskosten-Entschädigung anzusehen haben, ist ein Thema für sich.

Die Behandlung dieses Themas wurde in Deutschland dadurch erschwert, daß uns über die in Aussicht gestellten Forderungen keinerlei Ziffern in beglaubigter Form vorliegen. Was an solchen Ziffern, in Zeitungspapier gewickelt, zu uns herübergeflogen ist (nicht erst seit dem Waffenstillstand, sondern schon seit 2—3 Jahren), machte zumeist einen so flatterhaften Eindruck, daß man die Forderungen an sich, auch ohne Rücksicht auf ihre Realisierbarkeit, nicht ernst nahm, da man sich nicht vorstellen konnte, wieso für einen Krieg, in dem die Völkerrechtslehrer aller Nationen über rechtswidrige Schädigungen geklagt haben, ein Volk allein verantwortlich gemacht werden könnte. Hierüber muß zunächst ein Wort der Aufklärung und Berständlichmachung gesagt werden.

Man weiß in Deutschland noch immer nicht, daß man im Auslande wirklich glaubt, Deutschland habe diesen Krieg „gemacht“,

¹⁾ Namentlich auch mit Bezug auf Prions ausführliche Besprechung im „roten“ „Tag“ vom 21. Jan. 1919.

indem es seine Welteroberungs-Abichten damit begann, über das wehrlose kleine Belgien herzufallen, um auf diese Art Frankreich überrennen zu können und dann auch Rußland zu vergewaltigen. Zwar daß ein Volk alle Völker der Erde zum Kriege herausfordere, ist ein an sich sinnloser Gedanke. Aber dieser Gedanke ist vorhanden, ist verbreitet und fast allgemein. Und so viel böser Wille bei seinen Urhebern auch ursprünglich mitgespielt hat, als er im August 1914 in die Welt hinaus geschrien, wir aber von der Welt abgeschnitten wurden und die unsinnige Anklage nicht einmal erfahren, — heute nach 4 $\frac{1}{2}$ jähriger ununterbrochener Wiederholung glaubt die Welt das Anglaubliche. Die Tatsache, daß acht Jahre hindurch Belgien für die Entente politik bearbeitet wurde, daß seit 1906 eine belgische Neutralität nicht mehr vorhanden war, ist im Auslande unbekannt. Die in Brüssel vorgefundenen geheimen Aktenstücke, in denen die hervorragendsten belgischen Diplomaten von 1905—1914 vergebens vor den Folgen dieser Politik warnten, durften in den Ländern der Entente nicht veröffentlicht werden. Eine so groteske Tatsache, wie die, daß der Zar seine schützende Hand über Fürstenmörder hielt (von der man meinen sollte, sie hätte wenigstens in den Wisblättern ihr Dasein fristen können), ist aus den Gehirnen der Zeitgenossen verschwunden. So schwer es uns, die wir die Last des Überfalles in den ersten Augusttagen erlebt haben, auch werden mag, wir müssen heute damit rechnen: unsere Feinde behaupten, Deutschland habe den Krieg gemacht, behaupten es heute bereits in gutem Glauben. Und damit erklärt sich, daß sie keine Unterschiede machen, sondern für alle Schäden, die der Krieg gebracht hat, Entschädigung von Deutschland zu fordern, sich moralisch für befugt halten; daß die drei andern Staaten, die gegen die Entente Krieg geführt haben, wie vergessen sind; daß nicht wie in andern Kriegen den neu sich bildenden Staaten Verpflichtungen der alten angerechnet oder abgefallene Bundesgenossen scharf herangezogen werden. Auch keine Neigung, irgendwelche eigene Handlungen der Beurteilung auszusetzen, ob sie rechtswidrig waren und den Gegner zur Abwehr befugten. Der Haß, der in Deutschland den Verantwortlichen sieht, war ehemals affektiert. Heute ist er echt. Auch die phantastischsten Ziffern sind von denen, die sie aussprechen, als Anspruch ernst gemeint.

Dem steht gegenüber, daß der zukünftige Friedensschluß in der Entschädigungsfrage nicht mehr freie Hand hat. Aus Anlaß des Waffenstillstandes sind die Wilsonschen Bedingungen von beiden Seiten

bereits angenommen worden, darunter: keine Annerregionen, keine Kriegskosten, kein strafweiser Schadenersatz¹⁾. In den 14 Punkten der Ansprache an den Kongreß am 8. Januar 1918 waren daher an Entschädigungen nur die „Wiederherstellung“ der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs genannt.²⁾ England und seine Alliierten haben dies in einer erklärenden Klausel angenommen und darüber ein Memorandum an Wilson erstattet. Von diesem Memorandum hat Lansing in seiner Note vom 5. November 1918 der deutschen Regierung Kenntnis gegeben und das Ergebnis wie folgt zusammengefaßt³⁾:

„Ferner hat der Präsident, in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht geräumt und befreit, sondern auch wieder hergestellt werden müssen. Die Alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll. Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist.“

Da englisches Gebiet nicht besetzt war, so ist die Annahme dem Wortlaut nach für England vorbehaltlos erfolgt. In Reden und Zeitungsartikeln aber scheint dem Wortlaut der veränderte Sinn beigelegt worden zu sein, daß das, was sich als authentische Interpretation einer Vorschrift über die „Wiederherstellung besetzter Gebiete“ gab, nicht als Erklärung dieser Vorschrift gelten, sondern als neue Vorschrift neben sie treten sollte; als ein Ersatzanspruch ohne Rücksicht darauf, ob Gebietsbesetzung erfolgt ist oder nicht. Der Hauptfall dieser Erweiterung ist der ungehemmte U-Boot-Krieg. Aber selbst bei dieser Umdeutung fielen der U-Boot-Krieg unter die Bestimmung nur, insoweit er für rechtswidrig erachtet wird. Ohne daß die grundsätzliche Frage hier noch einmal erörtert werden soll, ist doch soviel klar, daß der ungehemmte U-Boot-Krieg, selbst wenn er für rechts-

¹⁾ „There shall be no annexations, no contributions, no punitive damages“: Ansprache an den Kongreß vom 11. Febr. 1918 (s. Die Sammlung „Der Friedensgedanke in Reden und Staatsakten des Präsidenten Wilson“, Berlin, Hobbins 1918, S. 60/1).

²⁾ Punkt 7 u. 8: eb. S. 52—55.

³⁾ Nordd. Allg. Zeitung 6. Nov. 1918.

widrig erklärt wird, aufhört, es zu sein, sobald er als Repressalie gegen eine vorangegangene Rechtswidrigkeit erfolgt. Daß die Abschneidung der neutralen Nahrungsmittel-Lieferungen von Deutschland (sog. „Hungerblockade“) kein völkerrechtlicher Akt, sondern ein glatter Gewaltakt war, ist zu Anfang des Krieges von allen Neutralen, insbesondere auch von Amerika¹⁾ auf das entschiedenste betont worden. Die Repressalie verpflichtet niemals zum Schadenersatz. Also würde ein Vorbehalt betr. U-Boote den Neutralen zugute kommen können, aber nicht England. Die englischen Ansprüche sind finanziell die umfangreichsten.

Obgleich übrigens in jedem Falle (und unbestritten unter allen streitenden Teilen) klar ist, daß der englische Staat, ebensowenig wie irgendein anderer Staat eine Kriegsschädigung für sich liquidieren kann, sondern höchstens (durch den Staat) englische Private, wenn gegen privates Eigentum rechtswidrige Handlungen begangen worden sind: so spielten doch in dem englischen Wahlkampfe die Versprechungen der Kandidaten eine große Rolle, die im Hinblick auf die Erstattung der gesamten Kriegskosten durch Deutschland die verlockendsten Zuwendungen spenden wollten: Erhöhung der Arbeitslosen-Gelder, Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife, Staatshilfe für Wohnungszwecke usw. In England selbst ist die Skrupellosigkeit dieser Versprechungen nicht unbemerkt geblieben, und man hat dem Ministerium für Übergangswirtschaft den Vorschlag gemacht, für derartige Abgeordnete zwischen unverantwortlichen Kandidatenreden und verantwortungsvoller Mandats-Ausübung eine Art „moralischer Entlausungsanstalt“ einzurichten.

Der englische Premier-Minister Lloyd George hat sich nicht einfach in die Kategorie dieser Wahlredner gestellt. In seiner Rede in Bristol am 11. Dezember 1918²⁾ hat er zwar nicht daran erinnert, daß die Kriegskosten-Frage durch sein gegebenes Wort bereits entschieden sei. Aber er ist jenen Rednern doch insoweit entgegengetreten, daß er die Unmöglichkeit der Beitreibung betonte: die Kosten der Entente betragen 24 Milliarden Pfund, während Deutschlands gesamtes Vermögen vor dem Kriege nur auf 15—20 geschätzt wurde; die 5% Zinsen jener 24 Milliarden würden jährlich 1,2 Milliarden Pfund betragen. Er erwähnte, daß sich mit der Frage ein Ausschuß beschäftigt habe, der das deutsche Volksvermögen höher schätzen

¹⁾ Note vom 5. Nov. 1915, Ziffer 33 (Deutscher Geschichtskalender 1915 II, S. 918).

²⁾ Times 12. Dez. 1918.

wollte und für die Zahlung zwei Bedingungen aufstellte: sie dürfe keine große Okkupationsarmee erfordern, die dem Lande industrielle Kräfte entziehe und neue Kriege fabriziere; und die Zinsen dürften nicht in Waren bezahlt werden, die unter Hungerlöhnen hergestellt und zu Schleuderpreisen nach England geworfen würden (dumping). Noch klarer wird sein Standpunkt durch eine andere Äußerung,¹⁾ die sich auf Ziffern nicht einläßt, sondern verlangt: Deutschland solle zahlen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit. Diese Formulierung wird so oft und so eindringlich wiederholt, daß wir wohl annehmen dürfen, hier die Formulierung vor uns zu haben, die England auf der Friedenskonferenz vorlegen will. Auch hier jene Begrenzung: nur insoweit, daß die Zahlung nicht in einer Weise erfolge, die England mehr schädige als Deutschland, insbesondere nicht durch „dumping“. „That is the limit!“

Für uns scheint ein unheilbarer Widerspruch darin zu liegen, daß England sich der Beschränkung auf bloße Privatschäden anschließt und doch die allgemeine Forderung aufstellt: Zahlen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit! Das ist der Punkt, um dessen willen ich oben darauf Gewicht legte, daß wir uns die durch die Welt verbreiteten Anschauungen vor Augen halten müssen, wonach deutsche Eroberungslust den Krieg vom Saune gebrochen habe. Auch Lloyd George, dessen Richtung im englischen Kabinett am 1. August 1914 den Ausschlag dafür gab, daß England sich weigerte, neutral zu bleiben, wenn Belgien unverfehrt bliebe, hat dies heute vergessen. Die Legende, daß England in den Krieg ziehen mußte, weil

¹⁾ Rede in Newcastle-on-Tyne 29. Nov. 1918 (nach „Manchester Guardian“ vom 30. Nov. abgedr.: „Holländische Nachrichten“, Organ des Nederl. Anti-Dorlog-Raad, 23. Dez. S. 2490—92). In dieser Rede stellt Lloyd George zwar die Kriegskosten mit den Gerichtskosten des unterliegenden Teils auf eine Stufe, erwähnt aber die obige Formulierung dreimal: „There is absolutely no doubt about the principle, and that is the principle, we shall proceed upon, — that Germany must pay the costs of the war up to the limit of her capacity to do so . . . There is one difficulty you have got to face. Whatever happens, Germany is not to pay the indemnity by merely dumping cheap German goods upon other countries. That is the limit . . . Germany must pay the cost of the war up to the limit of her capacity. The only restriction is, that she must not pay it in such a way as will inflict more damage to the country that receives than the country that pays . . . She ought to pay, she must pay, as far as she can; but we are not going to allow her to pay in such a way as to wreck our industries.“

Deutschland Belgien überfiel, hat er im Parlament und vor seinen Wählern, bei Festessen und Veranstaltungen aller Art 4 Jahre hindurch so oft wiederholt, daß er heute wirklich daran glaubt. Es ist nicht mehr Verstellung, sondern eine mit schweren Ankosten erkaufte bona fides, wenn er es als selbstverständlich hinstellt, daß bis zum 4. August 1914 in der Welt ein Zustand der Vertragstreue und der allseitigen Respektierung herrschte, den Deutschland durch seinen plötzlichen Überfall gestört habe. Einem solchen Störenfried gegenüber träten alle andern Erwägungen in den Hintergrund. Woran auch immer die Liquidation gebunden sei, man betrachtet es als selbstverständlich, daß es schon gelingen werde, eine Apotheker-Rechnung von unerschwinglicher Höhe aufzumachen. Und darum ist für ihn die Frage nach der Höhe der Summe nur noch durch die Leistungsfähigkeit bestimmt.

Das ist der Gedankengang, der es bewirkte, daß in den Mittelpunkt der Erörterung die Schätzungen des deutschen Volksvermögens traten.¹⁾

Es ist höchst charakteristisch, wie in den englischen Ausführungen jedem Gedanken, daß das deutsche Volksvermögen niedriger sein könnte, als die Schätzungen vor dem Kriege, vorgebeugt wird, indem man einen Ausschuß einsetzt, der sich mit der Sorge abquälen soll, ob es nicht heute höher sei. Der darin liegende Kniff ist dem Ernste der Situation nicht angemessen. Inhaltlich ist der Versuch, mit der Geldentwertung Deutschland „reich zu rechnen“ bereits oben erledigt.²⁾

¹⁾ Der *Matin* veranstaltete eine französische Übersetzung von *Selfferich* und kündigte sie im Inseratenteil der Nr. 12737 (11. Jan. 1919) in der folgenden bezeichnenden Weise an:

L'Allemagne Peut-Elle Payer?

Oui, et Bien

Pour en être sûr,
 Pour avoir des renseignements précis sur ses richesses,
 Pour savoir ce qu'on peut lui demander,
 Pour pouvoir lutter économiquement contre elle,
 Pour connaître ses méthodes,

Lisez

le livre du directeur de la *Deutsche Bank*, le docteur Karl HELFFERICH

La Prospérité Nationale

De L'Allemagne

de 1888 à 1913.

Traduction française éditée par LE MATIN

au prix de 1 franc.

²⁾ f. o. S. 6.

Wenn England bereit ist, in den ersten Jahren nach Friedensschluß deutsche Waren zu den heutigen Phantasiepreisen anzukaufen, — es kann sie haben.

Alle Gründe, die in meinen Ausführungen dafür angeführt wurden, daß das Volksvermögen vor dem Kriege heute nicht mehr vorhanden ist, treffen in gleicher Weise zu, ob. dieses Vermögen für eine Entschädigung an den Feind, oder für innere Finanzzwecke in Anspruch genommen werden soll. Ich müßte die Erschöpfung unserer Vorräte,¹⁾ die bis aufs äußerste getriebene Abnutzung aller unserer Maschinen, Werkzeuge, Geräte jeder Art, Gebäude usw.,²⁾ die zahlreichen Entwertungen durch die dreifache „Umstellung“ unserer Industrie,³⁾ die Verluste an Menschen und ihre Rückwirkung auf alle Werte der Volkswirtschaft⁴⁾ hier Punkt für Punkt wiederholen, d. h. ich könnte nur das unter einem Gesichtspunkte geschriebene Buch unter einem zweiten noch einmal schreiben. Das Volksvermögen, das den Gegenstand der Schätzung vor dem Kriege bildete, zerfällt in drei Kategorien: es ist entweder überhaupt nicht mehr da (Aufgezehrte oder vernichtete Stoffe usw., abgestoßene Auslands-Papiere, Objekte in abzutretenden Gebieten); oder es ist in minderwertigem Zustande da (Abnutzungen, insbesondere Eisenbahnen); oder es ist zwar in unverändertem Zustande da, aber sein „Wert“ wird in Zukunft von Faktoren abhängen, die sich bis jetzt auch nicht annähernd übersehen lassen (Hauptbeispiel: städtischer Grund- und Hausbesitz). Daß es eine vierte Kategorie gebe, bei der Vorhandensein, Beschaffenheit und Bewertung unverändert geblieben sein sollten, halte ich für so unwahrscheinlich, daß ich es als ausgeschlossen betrachten möchte. Insbesondere sind den sachlichen Entwertungen nicht etwa Posten durch Höher-Bewertung wegen augenblicklicher Phantasie-Preise gegenüberzustellen, sondern es ist im Gegenteil anzunehmen, daß der bevorstehende Preissturz mit seinen unvermeidlichen Erschütterungen der Volkswirtschaft neue Entwertungen, an bisher noch nicht geahnten Stellen, bringen wird.

Aber selbst wenn die Änderungen im Volksvermögen nicht eingetreten wären, würden die Ziffern keine Grundlage für die Berechnung einer Kriegskontribution bilden. Der Nachweis⁵⁾, daß jene Ziffern niemals in dem Sinne gemeint waren, ein Momentbild der Vermögenslage zu gewähren, gilt nicht bloß für den Zweck der inneren Verfassung, den ich im Auge hatte, sondern ebenso für jeden anderen, insbesondere für die Frage einer Kriegskontribution. Auch glaube

¹⁾ S. 7—8. — ²⁾ S. 10. — ³⁾ S. 12—14. — ⁴⁾ S. 14—17. — ⁵⁾ S. 27).

ich, daß sie noch niemals ein Nationalökonom in diesem Sinne aufgefaßt hat.

Korreakterweise ist freilich die Frage der Erschwinglichkeit damit noch nicht erledigt. Man könnte das Argument jener ziffermäßigen Schätzungen fallen lassen und die Forderung, Deutschland bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen zu lassen, gleichwohl aufrecht erhalten. Nur muß man sich dann darüber klar werden, was man unter dieser Leistungsfähigkeit versteht, und wie man sie ohne jene Ziffern (wenn auch nur einigermaßen) beurteilen will. Zwei Wege gibt es hierfür: der Feind kann entweder die Objekte in natura nehmen; dann ist er von der Schätzung ganz unabhängig. Oder er hält sich an das, was die Menschen aus den Objekten erarbeiten: an die Erträge; dann kann er die Berechnung auf zukünftige Jahre verschieben. Daß der erste Weg nicht gangbar ist, zeigt schon ein Blick auf die Rubriken unserer Tabelle.¹⁾ Von den 8 Rubriken enthalten 1—4. 6. 7 fast ausnahmslos unbewegliche Güter: Haus- und Grundbesitz, Bergwerke, Eisenbahnen, staatliche Domänen und Forsten können auf keinem noch so großen Frachtwagen fortgeschafft werden. Daß in 1 und 7 auch etwas beweglicher Hausrat, Büro-Einrichtungen usw. enthalten ist, ist gegenüber Milliarden-Forderungen unbedeutend. Daß von Rubrik 6 „Kapitalanlagen im Ausland und fremde Wertpapiere“ sich die ersteren schon in den Händen unserer Feinde befinden, wissen diese selbst am besten; und was von den letzteren noch etwa in Betracht kommen könnte, werden sie ja nach den Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes auch sehr bald wissen. Es bleibt die letzte Rubrik (8): „Metallgeld, Güter in Bewegung, Schiffe usw.“ Daß die Entente es auf die 2¹/₂ Milliarden Gold in den Kellern der Reichsbank abgesehen hat, ist von habgierigen Zeitungen oft genug verraten worden; den wertvollsten Teil unserer Schiffe, die Kriegsflotte, hat sie bereits; unsere Warenvorräte sind, wie wiederholt dargelegt, nur noch unbedeutend (übrigens alles zusammen nur mit 5—9 Milliarden angesetzt und doch gewiß nicht vollständig konfisierbar). Also: das buchstäbliche Wegnehmen der Objekte in natura ist unmöglich. Was ein „Volk“ besitzt, ist eben zum weitaus größten Teile unbeweglich.

Bleibt der zweite Weg: man läßt die Objekte im Lande, verlangt aber, daß die Erträge (bei einigen ganz, bei andern teilweise)

¹⁾ S. 5.

abgeliefert werden. Also beispielsweise: die Entente läßt sich das Eigentum an Eisenbahnen, Bergwerken, Domänen übertragen, bezieht die Renten daraus und rechnet sie auf Verzinsung und Tilgung der Schuld an. Oder sie läßt sich auf alle landwirtschaftlichen Grundstücke des Landes eine Vorzugs-Hypothek eintragen mit der Wirkung, daß $\frac{1}{4}$ der Erträge abzuliefern sind. Ein Objekt, wie die Eisenbahnen, scheint sich den Anhängern dieses Gedankens noch dadurch zu empfehlen, daß man die Tarife so hoch stellen könne, wie die Verzinsung es nötig mache, so daß es rechnerisch sogar möglich sei, mit den Eisenbahntarifen allein die Kriegskosten aus Deutschland herauszupressen.

Diese Rechnung hat ein Loch. Sie setzt voraus, daß Erträge durch Anwendung von Druck sich zu beliebigen Zielen hinleiten ließen, etwa wie der Ingenieur das Wasser einer Wasserleitung hierhin oder dorthin führen kann. Träger der Volkswirtschaft sind aber nicht tote Kapitalien, sondern lebendige Menschen. Und bei jeder Maßregel ist in Erwägung zu ziehen, wie die menschliche Seele auf sie reagiert. Eine Volkswirtschaft von 60 Millionen Menschen liefert die gewohnten Erträge nicht, wenn der beste Sporn der Arbeitsfreudigkeit ausgeschaltet ist: das Bewußtsein, daß die Früchte der Arbeit dem eigenen Besten dienen. Wer in der Volkswirtschaft nichts sieht, als einen Mechanismus, den man mit Zahlen ergründen kann (und gerade Laien pflegen einer solchen Auffassung zuzuneigen), glaubt wohl, einem solchen Bedenken durch einen Abstrich von einigen Prozenten Rechnung tragen zu können. Wer ihr feines Geäder und seinen Zusammenhang mit allem Menschlichen kennt, der weiß, daß in diesem Punkte die bestimmende Wurzel aller wirtschaftlichen Erträge liegt, daß bei einem verknechteten Volke der Tyrann vergebens auf die Erträge wartet, die das einst freie Volk mit schwerer, aber gern geleisteter Arbeit hervorbrachte. Wir haben früher diesen Punkt bereits betont¹⁾ um unsere Finanzmänner davor zu warnen, bei harten Friedensbedingungen noch auf dieselben Erträge der deutschen Volkswirtschaft zu rechnen. Was richtig ist, bleibt richtig, mag es sich um unsere Finanzmänner handeln, oder die der Entente. Alle Beobachter der Sklavenarbeit von Barro und Columella bis zum Verfasser von Onkel Toms Hütte sind sich einig darin, daß das Produktionsergebnis zusammenschmilzt, wo nicht der freie Arbeiter für

¹⁾ S. 18.

sich arbeitet, sondern der Sklave für andere. Die Neger in den amerikanischen Sklavenstaaten hatten einen Nachmittag in der Woche für sich frei; man erzählte, daß sie an diesem halben Tage so viel arbeiteten, wie sonst an einem ganzen. In dem Aufbau der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft sind Engländer und Franzosen allen Völkern der Erde vorangegangen. Es ist ausgeschlossen, daß die Nachfahren von Adam Smith, Ricardo und John Stuart Mill, von Quesnay, Turgot und J. B. Say heute so verblendet sein könnten, jenen trügerischen Ertragsberechnungen zu folgen und die allgemeinen Weltgefahren zu verkennen, die hinter derartig leichtfertig ersonnenen Friedensbedingungen lauern. Wir können uns ohne Bedenken dem Urteil auch der heutigen englischen und französischen Nationalökonomien¹⁾ anvertrauen, wenn sie als Sachver-

¹⁾ Es ist kaum anzunehmen, daß von dieser Seite die volkswirtschaftlich törichtesten Gedankengänge unwidersprochen geblieben sein sollten. Aber in den letzten Wochen und Monaten war der Zeitungen- und Zeitschriften-Versand aus den Entente-Ländern so unregelmäßig, daß wir derartige Meinungsäußerungen kaum erfahren würden. Aus dem Londoner „Economist“ vom 14. Dez. 1918 liegt mir folgender Auszug in deutscher Sprache vor: „In erstaunlicher Weise sein eigenes verpfändetes Wort vergessend, fährt der Premierminister fort, von der Beitreibung der gesamten Kriegskosten von Deutschland, wenn ausführbar, zu sprechen. Dabei . . . hat die Regierung Anfang November Präsident Wilsons Friedensbedingungen angenommen, mit einem Vorbehalt wegen der Freiheit der Meere und der Bedingung, daß die Worte des Präsidenten über die Wiederherstellung der besetzten Gebiete „Ersatz für allen der bürgerlichen Bevölkerung der Verbandsländer und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schaden“ bedeuten sollten. Jeder Versuch, diesen Satz so zu verdrehen, daß er die vollen Kriegskosten bedeute, wäre eine finanzielle Sophistik, die selbst in Houndsditch ausgepiffen werden würde; und doch fordert der Premierminister, sowie die Mehrheit der Blätter und der Kandidaten in freudigem Chor, daß wir unser verpfändetes Wort und die Ehre des Landes vergeffen sollen. Lloyd George beginnt indessen einzusehen daß diese Versprechungen gefährliche Erwartungen in der Wählerschaft erwecken. In seiner Rede in Bristol am Mittwoch, 11. Dez. [1918] machte er zwar keinen Versuch, darzulegen, daß die Sache unmöglich sei, weil sie unserem verpfändeten Wort zuwiderläuft. Diese Kleinigkeit ist ihm nicht eingefallen. Aber er gab sich mit einem großen Aufwand ehrlicher Aufrichtigkeit Mühe, zu zeigen, daß es nicht recht sei, wenn die Regierung, noch dazu am Vorabend einer Wahl, falsche Hoffnungen erwecke usw., kurz, daß die Sache unmöglich sei, weil die gesamte Kostenrechnung des Verbandes 24 Milliarden Pfd. beträgt und Deutschlands gesamtes Vermögen vor dem Kriege auf 15—20 Milliarden geschätzt wurde, und daß

ständige darüber befragt werden, ob jene Ertragsberechnungen irgend einen Anhalt geben dafür, daß die

5 % von 24 Milliarden jährlich 1200 Millionen ausmachen würden. — Er sagte weiter, daß ein zur Prüfung der Frage eingesetzter Ausschuß der Meinung sei, daß das Vermögen Deutschlands größer sei, als bei den Schätzungen vor dem Kriege angenommen wurde (wobei er hätte hinzufügen können, daß alle Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege sehr erhöht werden müssen, um sie in Einklang mit den jetzigen Preisen zu bringen) — und schloß daraus, daß Deutschland vielleicht mehr zahlen könne, als auf den ersten Blick möglich schien.“ — Daß aber sogar Blätter, auf die sich sonst der Jingoismus glaubte berufen zu dürfen, sich jetzt genötigt sehen, dem sachmännisch ernste Grenzen zu ziehen, zeigen Auszüge aus dem „Statist“ v. 21. Dez. 1918: „Wir haben zwei starke Beweggründe, die uns in eine entgegengesetzte Bahn drängen. Einer sagt uns, daß Deutschland uns, ohne herausgefordert zu sein und ohne andere Ursache als den schuldhaften Wunsch, die Schwachen zu berauben, in einen Krieg gestürzt hat, der uns bedauerliche Verluste an Menschenleben gekostet und uns verhältnismäßig arm gemacht hat. Der andere erinnert uns daran, daß der Handel im Warenaustausch zwischen verschiedenen Völkern besteht, und daß wir unsere eigenen Ausichten, uns rasch zu erholen, insoweit zerstören, als wir mögliche Kunden zu Bettlern machen. Da dem so ist, müssen wir sehr ernstlich prüfen, ob der Rat von Lloyd George ebenso weise ist, wie er fraglos unseren Rachegefühlen entspricht. Die meisten von uns empfinden im tiefsten Herzen, daß die Deutschen fast jede Strafe verdienen. Die unter uns aber, die über die Ursachen des menschlichen Fortschritts am tiefsten und sorgfältigsten nachgedacht haben, erinnern sich, daß Rachegefühle die schlechtesten Ratgeber sind, daß der Mensch lebt und vorwärts kommt durch den Verkehr mit dem Menschen, und daß, wenn wir uns in den Grenzen der Vernunft Gerechtigkeit verschaffen können, es äußerst unweise wäre, den Gegner zur Verzweiflung zu treiben . . . Die wahre Frage, vor der wir stehen, ist nicht, ob Deutschland wirklich reicher ist, als vor dem Kriege angenommen wurde, noch auch, ob es die Entschädigungen bezahlen kann, von denen Lloyd George spricht, vielmehr, ob wir durch Vertreibung des letzten Sillers, der aus Deutschland herausgepreßt werden kann, den Weg für ein reiches, gerechtes und friedfertiges Europa der Zukunft bereiten. . . . Wenn Deutschland wirklich imstande ist, all die ungeheuren Summen, von denen die Rede ist, zu bezahlen, wie sollen sie beigetrieben werden? Sollen wir große Heere in Deutschland einrücken lassen, seine Bevölkerung völlig entwaffnen und auf Nicht-Zurückziehung unserer Besatzungstruppen bestehen, bis unsere Forderungen erfüllt sind? Wenn ja, haben Lloyd George und sein Ausschuß darüber nachgedacht, wie lange es dauern wird, bis wir die Erfüllung unserer Forderungen durchgeführt haben werden? Und auch darüber, ob es für uns vorteilhafter sein würde, unsere Leute zuhause zu beschäftigen, als

Erträge aus einem verknechteten Volke herauszuwirtschaften sind, und ob es auch nur im Interesse der englischen, französischen, italienischen Volkswirtschaft liegt, sich mit der Last dieser Verknechtung zu beschweren, — ohne begründete Aussicht auf einen anderen Erfolg, als: mit dem Besiegten zugleich seinen Besieger geschädigt zu haben.

Vor einer Reihe von Jahren ereignete es sich in Berlin, daß ein Kaufmann mit zahlreichen Geschäftsverbindungen, von einem schweren geschäftlichen Unglücksfall betroffen, plötzlich verschwand, unter Hinterlassung von vielen Schulden und wenig Aktiven. Die Gläubiger, wutentbrannt, stellten Nachforschungen an und erfuhren, daß er sich nach Kapstadt eingeschifft hatte. In einer Gläubiger-Versammlung hielt ein Rechtsanwalt einen gelehrten und scharfsinnigen Vortrag, der nachwies, daß die Rechtslage ihnen günstig sei, in dieser englischen Kolonie gemeines deutsches Recht gelte (aus der holländischen Zeit), der Auslieferungsvertrag anwendbar usw. Als der Jurist fertig war, erklärten seine kaufmännischen Zuhörer einmütig, sie wollten den Mann weder in seiner neuen Heimat stören, noch ihn gar in ein deutsches Gefängnis bringen. Sie hätten vielmehr ein Interesse daran, daß er in Kapstadt ungestört seinen Geschäften nachgehen könne. Dann würden sie wieder mit ihm Geschäfte machen, und „an ihm Geld verdienen“; im Laufe der Jahre wahrscheinlich mehr, als sie bisher Schaden gehabt hätten. Und so geschah es. — — —

Es gibt allerdings Mittel, um den obengenannten produktionsmindernden Wirkungen der Verknechtung entgegenzutreten. Es kann dies entweder durch größeren Zwang oder durch größere Freiheit geschehen. Der böswilligen Faulheit, der Störrigkeit, den Störungen durch Streiks und Sabotagen steht der Gewalthaber nicht gerade ohnmächtig gegenüber. Durch verstärkte Aufsicht, durch Zwang, durch Lohnkürzungen, durch Strafgesetze und Strafverfolgungen läßt

sie in Deutschland in Garnison zu lassen, um ein paar Millionen mehr oder weniger herauszuschlagen? Endlich möchten wir fragen: Was ist aus der Politik geworden, von der wir zur Zeit der weniger glänzenden Aussichten soviel zu hören bekamen, und die es als äußerst erwünscht bezeichnete, Deutschland die Handelszweige zu entreißen, die es uns und anderen abgenommen hatte, bevor es sich in den Krieg stürzte? Sind wir dahin gelangt, auf den Handel mit Verachtung zu sehen, seit wir Sieger sind? Und sind wir geneigt, lieber von dem zu leben, was wir Deutschland abpressen können, als von dem, was wir selbst durch ehrliche und nützliche Arbeit verdienen können?“

sich, wenn auch nicht alles, so doch einiges erreichen. Aber ein Regiment von Furcht und Schrecken kostet Geld. Es würde nicht genügen, in Deutschland eine Okkupationsarmee zu unterhalten, stark genug, um derartige Maßregeln mühsam durchzuführen; sie müßte so stark sein, daß sie jeder sich regenden verschärften Auslehnung an jeder Stelle sofort und unbedingt Herr würde, bevor sie sich verbretten könnte. Nimmt man an, daß auch nur fünf Armeekorps dazu verwendet würden, so ist klar, daß England diese 150 bis 160 000 Mann in der eigenen Industrie vorteilhafter verwenden kann, als in der Beaufsichtigung einer fremden.

Der entgegengesetzte Weg größerer Freiheit würde darin bestehen, die Abtragung der Schuld auf einen langen Zeitraum zu verteilen und die Art der Abtragung uns selbst zu überlassen. Da als Schreckmittel dahinter stände „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, so kann diese Methode willig machen. Aber in welcher Art könnte sich die Willigkeit betätigen? Die Naivität, daß Milliarden-Zahlungen im internationalen Verkehr sich vollziehen, wie beim Krämer an der Ladenkasse, hat doch heute auch der beschränkteste Staatsmann nicht mehr. Die Völker zahlen einander mit Gütern. Um den auferlegten Verpflichtungen gutwillig nachzukommen, müßte Deutschland suchen, möglichst viel Waren nach dem Auslande abzugeben. Das einzige Mittel dazu ist: die Konkurrenz zu unterbieten. Der gute Wille würde sich gerade darin zeigen, daß jeder Deutsche so lange und so angestrengt wie möglich arbeitete und mit einem Lohne zufrieden wäre, der nur gerade sein Existenzminimum deckte, um den Warenpreis so billig wie möglich zu gestalten. Die Folge wäre, daß an allen neutralen Märkten die deutschen Angebote die billigsten wären; ja, daß schließlich die Entente an ihren eigenen Märkten sich erfolgreich unterboten sähe. „Je mehr sie das Volk drückten, je mehr sich es mehrte und ausbreitete.“

Das Ergebnis unserer volkswirtschaftlichen Analyse sind also dieselben beiden Möglichkeiten, die rein instinktiv Lloyd George bereits sich selbst als berechtigten Einwand und Grenzsetzung entgegengestellt hat: größerer Zwang ist nur wirksam mit einem Menschen-Aufgebot, das England seiner Industrie entzieht; größere Freiheit nur, wenn sie dazu verwendet wird, im Waren-Abatz andere Völker durch Billigkeit zu schlagen. „That is the limit!“